



Vertrauenskrise in Deutschland?

Ein europäischer Vergleich und Wege zu neuer Stabilität

Rebecca Gabel / Jennifer Potthoff

Köln, 30.04.2025

IW-Policy Paper 9/2025

Aktuelle politische Debattenbeiträge



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Rebecca Gabel

Wirtschaftliche Referentin für Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik

gabel@iwkoeln.de

0221 – 4981-433

Jennifer Potthoff

Economist für Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik

potthoff@iwkoeln.de

0221 – 4981-752

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

März 2025

Inhaltsverzeichnis

1	Zwischen Unsicherheit und Stabilität: Die Rolle des Vertrauens für Deutschlands Zukunft	5
2	Vertrauen als Ressource: Eine Bestandsaufnahme	7
2.1	Vertrauenskrisen und ihre Folgen	7
2.2	Einfluss von sozialen Medien, politischer Polarisierung und Desinformation	8
2.3	Folgen der wirtschaftlichen Instabilität und Unsicherheit	10
3	Methodik.....	11
3.1	Datengrundlage und ausgewählte Indikatoren.....	11
3.2	Standardisierung und Aggregation.....	13
3.3	Ländervergleich	13
4	Ergebnisse des Vertrauensindex 2025.....	14
4.1	Gesamtvertrauensindex im Ländervergleich	14
4.2	Vertrauensentwicklung im Zeitverlauf	15
4.3	Vertrauen auf der Makroebene	16
4.3.1	Politisches System	16
4.3.2	Wirtschaftssystem	18
4.3.3	Gesellschaftssystem	20
5	Handlungsempfehlungen	23
	Abstract.....	26

JEL-Klassifikation

A13 Relation of Economics to Social Values

O43 Institutions and Growth

P51 Comparative Analysis of Economic Systems

Zusammenfassung

Vertrauen bildet das Fundament stabiler Gesellschaften und ist essenziell für das reibungslose Funktionieren von Demokratien, Wirtschaftssystemen und sozialen Strukturen. Doch in Zeiten multipler Krisen – von wirtschaftlicher Unsicherheit über politische Polarisierung bis hin zu den Auswirkungen der Digitalisierung – ist das Vertrauen in Deutschland unter Druck geraten. Nur 14 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass es der nächsten Generation besser gehen wird als der Gegenwartigen (Edelman, 2025). Traditionelle Parteien verlieren an Zustimmung, während populistische Bewegungen Zulauf erhalten. Diese Entwicklung wird durch die wachsende Bedeutung sozialer Medien verstärkt. Denn einerseits fördern soziale Medien Transparenz, andererseits untergraben sie durch Filterblasen – in denen Algorithmen den Nutzern hauptsächlich Inhalte zeigen, die ihre bestehenden Ansichten bestätigen – sowie durch die Verbreitung von Desinformation das Vertrauen in etablierte Institutionen. Schwindendes Vertrauen erzeugt nicht nur kurzfristige politische Instabilität, sondern vertieft langfristig gesehen auch soziale Spaltungen und kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Diese Studie analysiert das Ausmaß des Vertrauens in verschiedenen Ländern anhand eines umfassenden Index, der das Vertrauen in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme misst und auf europäischer Ebene vergleicht.

Der IW-Vertrauensindex zeigt, dass Deutschland beim Gesamtindex aus allen drei Dimensionen (Politisches System, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem) im Hinblick auf den Rangplatz im relativen Vergleich zu anderen europäischen Staaten stabil im Mittelfeld liegt (Platz 8 sowohl im Jahr 2015 als auch im Jahr 2022) – obwohl Deutschland nach Indexpunktwerten Vertrauensverluste verzeichnet. Beim Vertrauen in das Gesellschaftssystem ist Deutschland von Platz 9 in 2015 auf Platz 11 in 2022 leicht abgesunken. Während sich das Vertrauen in das politische System im europäischen Ländervergleich etwas verschlechtert hat (von Platz 6 im Jahr 2015 auf Platz 7 im Jahr 2022), hat sich das Vertrauen in das Wirtschaftssystem hingegen im Laufe der Jahre weder verbessert noch verschlechtert (Platz 7 in 2015 und in 2022). Allerdings droht Deutschland in den folgenden Jahren bis 2024 eine weitere Verschlechterung des Niveaus – eine Entwicklung, die auch in anderen Ländern Europas zu beobachten ist. Da der Vergleich jedoch stets relativ zu anderen Ländern erfolgt, wird der Vertrauensrückgang in ganz Europa in diesem Index nicht sichtbar. Länder wie Dänemark, die Niederlande und Finnland schneiden im Vergleich deutlich besser ab, da sie durch politische Stabilität, transparente Institutionen und eine ausgeprägte gesellschaftliche Kohäsion gekennzeichnet sind.

Um das Vertrauen in Deutschland zu stärken, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, darunter eine Stärkung demokratischer Institutionen durch politische Bildung und transparente Entscheidungsprozesse, die Förderung von Medienkompetenz zum bewussten Umgang mit Fake News sowie die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, um gesellschaftliche Verantwortung (CSR) ehrlicher und glaubwürdiger zu verankern. Zudem ist es entscheidend, den gesellschaftlichen Dialog zu fördern, um Polarisierung und sozialer Fragmentierung entgegenzuwirken. Vertrauen ist nicht nur eine moralische oder soziale Frage, sondern auch eine strategische Ressource für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Gezieltes politisches und wirtschaftliches Handeln ist daher notwendig, um den aktuellen Vertrauensverlust nicht nur aufzuhalten, sondern langfristig umzukehren.

1 Zwischen Unsicherheit und Stabilität: Die Rolle des Vertrauens für Deutschlands Zukunft

Vertrauen ist der unsichtbare Kitt, der Gesellschaften zusammenhält, und die Grundlage funktionierender Demokratien, stabiler Wirtschaftssysteme und solidarischer Gemeinschaften. Doch diese Ressource, die in Deutschland und Europa lange als selbstverständlich galt, gerät zunehmend unter Druck. Deutschland befindet sich in einer Phase tiefgreifender Veränderungen, die durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden: Disruptionen, wie die Digitalisierung und Dekarbonisierung, stellen die Wirtschaft vor neue Herausforderungen und erfordern Anpassungen in Geschäftsmodellen und Technologien (Demary et al., 2021). In einer globalisierten Welt, die zunehmend auch von geopolitischen Spannungen geprägt ist, steht Deutschlands Rolle als Stabilitätsanker in Frage. Neben den nach wie vor spürbaren Folgen der steigenden Energiekosten kommen Belastungen wie Inflation und erhöhte Lebenshaltungskosten hinzu, die zu zunehmender Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen und den Optimismus der Menschen und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik auf die Probe stellen. Daten des Edelman Trust Barometer (2025) belegen mangelnden Optimismus innerhalb der Gesellschaft: Nur 14 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass es der nächsten Generation besser gehen wird als der Gegenwartigen. In Zeiten wachsender Unsicherheiten und multipler Krisen wird deutlich, wie fragil Vertrauen sein kann – und welche weitreichenden Folgen es hat, wenn es schwindet (Kapitel 2).

Diese Veränderungen gehen einher mit politischen Unsicherheiten, die durch das Ende der Ampel-Koalition und die damit verbundenen Ungewissheiten verstärkt werden. Die politische Landschaft wird zudem durch den anhaltenden Aufstieg der AfD geprägt, die historisch hohe Umfragewerte erreicht und bei der Bundestagswahl 2025 20,8 Prozent erreicht. Bei der letzten Landtagswahl im Herbst 2024 wurde die AfD mit 32,8 Prozent in Thüringen sogar stärkste und in Sachsen nur knapp hinter der CDU/CSU mit 30,6 Prozent zweitstärkste Kraft (Bundeszentrale für politische Bildung, 2024). Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, wie belastbar das Vertrauen der Bürger in traditionelle politische Parteien, in die Demokratie und ihre Institutionen noch ist. Hat die politische Mitte an Überzeugungskraft verloren? Und welche Rolle spielen Polarisierung und Populismus bei diesen Entwicklungen?

Eine ähnliche Tendenz spiegelt sich auch auf der Mesoebene wider, da Unternehmen zunehmend mit einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung konfrontiert sind. Immer mehr Konsumenten hinterfragen heute kritisch, ob Unternehmen tatsächlich zur Bewältigung gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen beitragen oder lediglich Profitinteressen verfolgen (Holt, 2021). Praktiken wie Greenwashing, bei denen Nachhaltigkeit nur oberflächlich suggeriert wird, oder Pinkwashing, das LGBTQ+ - Freundlichkeit als Marketingstrategie missbraucht, tragen erheblich zu diesem Vertrauensverlust bei. Beispiele für Greenwashing sind unter anderem der Dieselskandal von Volkswagen, der zeigte, wie Umweltversprechen durch gezielte Manipulation untergraben wurden, oder die Kritik an Modeunternehmen, die „grüne“ Kollektionen bewerben, während die Produktion weiterhin auf Fast Fashion basiert.

Darüber hinaus werfen Skandale um Steuervermeidung – etwa die Enthüllungen durch die Panama Papers – und unethische Arbeitsbedingungen im globalen Süden weitere Schatten auf das Verhalten multinationaler Konzerne (Zucman, 2015). Diese Fälle zeigen, dass Vertrauen in Unternehmen nicht nur durch falsche Versprechen, sondern auch durch mangelnde Transparenz und fehlendes soziales Engagement untergraben wird. Laut Edelman Trust Barometer (2025) vertrauen 64 Prozent der Verbraucher den globalen

Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland darin, das Richtige zu tun. Dieser Wert stellt einen Rückgang von 11 Prozentpunkten im Vergleich zu 2015 (75 Prozent) dar. Um Vertrauen zurückzugewinnen, müssen Unternehmen nicht nur kurzfristig glaubwürdig handeln, sondern auch langfristig verantwortungsvolle Praktiken in ihre Geschäftsmodelle integrieren.

Doch nicht nur institutionelle Systeme und Unternehmen sind beim Thema „Vertrauenskrise“ betroffen. Soziale Medien, die einst als Plattformen für Transparenz und demokratische Teilhabe galten, verstärken zunehmend den Vertrauensverlust: Mittlerweile vertraut nur noch weniger als jeder vierte Deutsche (24 Prozent) den sozialen Medien (Edelman Trust Barometer, 2025, 50). Ursache für diese Entwicklung ist die Tatsache, dass soziale Medien zunehmend Desinformation und Polarisierung eine Bühne geben und die Glaubwürdigkeit traditioneller Informationsquellen untergraben. In einer immer unübersichtlicheren Informationslandschaft wird es für Bürger daher zunehmend schwerer, verlässliche Informationen zu finden (Pottthoff/Nußbaum, 2024). Diese Entwicklung wird durch die Algorithmen der sozialen Medien verstärkt, die darauf ausgelegt sind, die Verweildauer der Nutzer zu maximieren, indem sie Inhalte präsentieren, die den bestehenden Überzeugungen und Vorlieben der Nutzer entsprechen. Dies führt zu sogenannten "Filterblasen", in denen Nutzer hauptsächlich mit Informationen konfrontiert werden, die ihre eigenen Ansichten bestätigen und alternative Perspektiven ausgeblendet werden. Durch die Tendenz von Menschen, Informationen oder Meinungen zu bevorzugen, die die bestehenden Überzeugungen oder Vorlieben bestätigen, anstatt alternative Perspektiven objektiv zu bewerten (auch genannt „Conformation Bias“), wird das Risiko von Filterblasen verstärkt (Nußbaum/Pottthoff, 2024). Diese Fragmentierung des Informationskonsums trägt zur Bildung von Echokammern bei, in denen sich extreme Meinungen und Verschwörungstheorien ungehindert verbreiten können (Diermeier et al., 2023; Enste/Kary, 2021).

In diesem Spannungsfeld aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wird deutlich: Vertrauen ist nicht nur ein moralisches Konzept, sondern eine strategische Ressource, die entscheidend für die Resilienz einer Gesellschaft gegenüber Krisen ist. Studien zeigen, dass ein hohes Maß an Vertrauen in Institutionen und Mitmenschen die Fähigkeit einer Gesellschaft stärkt, Krisen zu bewältigen und sozialen Zusammenhalt zu fördern (Enste, 2021). Was passiert also, wenn die Bereitschaft, den Systemen, Institutionen und Mitmenschen zu vertrauen, schwindet? Inwiefern Vertrauen als Ressource wirkt und wie durch einen Vertrauensverlust das Risiko einer Abwärtsspirale von politischer Destabilisierung, verstärkter Polarisierung bis hin zu sozialer Fragmentierung und Ungleichheiten besteht, wird in Kapitel 2 analysiert. In Kapitel 3 und 4 wird die Frage beantwortet, wie es um das Vertrauen in Deutschland derzeit bestellt ist. Es wird untersucht, welche Faktoren maßgeblich zum Vertrauensverlust beitragen und wie sich dieser auf das politische System, das Wirtschaftssystem und das gesellschaftliche Zusammenleben auswirkt. Durch eine datenbasierte Analyse eines eigens konzipierten Vertrauensindex für ausgewählte Länder im europäischen Vergleich sowie der Untersuchung der Entwicklung im Zeitverlauf sollen nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen dieser Veränderung sichtbar gemacht werden. Anschließend wird die Frage beantwortet, inwiefern Vertrauen als Schlüssel für gesellschaftliche Resilienz wiederhergestellt beziehungsweise gesteigert werden kann (Kapitel 5).

2 Vertrauen als Ressource: Eine Bestandsaufnahme

2.1 Vertrauenskrisen und ihre Folgen

Vertrauen ist eine der zentralen Ressourcen moderner Gesellschaften. Es bildet das Fundament für soziale Interaktionen, wirtschaftliche Prozesse und politische Stabilität. In der jüngeren Geschichte Deutschlands und Europas gab es mehrere Krisen, die verdeutlichen, wie eng Vertrauen mit gesellschaftlicher Resilienz und Stabilität verknüpft ist:

■ Die Finanzkrise 2008/09

Die globale Finanzkrise führte zu einem massiven Vertrauensverlust in das Finanzsystem und die marktwirtschaftliche Steuerung. Die Krise wurde durch erhebliche Probleme am Immobilienmarkt in den USA ausgelöst. Diese Herausforderungen breiteten sich schnell weltweit aus, da die zugrunde liegenden Immobilienkredite global verkauft wurden, was zu einer flächendeckenden Vertrauenskrise an den Finanzmärkten führte (Grömling, 2024a). Ein wesentlicher Faktor für den Vertrauensverlust war die Unsicherheit über die Stabilität der Finanzinstitute. Banken gewährten sich untereinander kaum noch Kredite und die Zinsen am Interbankenmarkt stiegen stark an (Grömling, 2024b). Die Krise zeigte auch die Schwächen in der Aufsicht der Finanzmärkte auf. Die unzureichende Regulierung und Förderung vermeintlicher Finanzinnovationen führten zu einem Misstrauen gegenüber den Institutionen, die eigentlich für die Stabilität des Finanzsystems sorgen sollten. In Deutschland führte die Krise zu einem starken Einbruch der Investitionsgüterproduktion und einer Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die Verwerfungen der Finanzmärkte übertrugen sich auf die realwirtschaftlichen Aktivitäten, was zu Vermögensverlusten und schwierigeren Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte führte (Grömling, 2024a). Auch die Fähigkeit politischer Entscheidungsträger, effektiv auf die Krise zu reagieren, wurde in Frage gestellt. In Deutschland führte dies zu einer kritischen Haltung gegenüber Rettungspaketen, die als Bevorzugung großer Banken wahrgenommen wurden.

■ Die Flüchtlingskrise 2015/16

Die Flüchtlingskrise, die 2015 ihren Höhepunkt erreichte, führte zu einem signifikanten Vertrauensverlust in politische Institutionen und die Fähigkeit der Regierungen, mit großen Migrationsströmen umzugehen. Die Zweifel an der Flüchtlingspolitik führten in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung. Während die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel die Aufnahme von Geflüchteten als humanitäre Notwendigkeit begründete, wuchs in Teilen der Bevölkerung das Gefühl, die Kontrolle über die Situation verloren zu haben. Die Forderungen nach Grenzsicherungen und strengeren Kontrollen wurden lauter, da viele Bürger das Gefühl hatten, dass die bestehenden Maßnahmen unzureichend waren. Diese Unsicherheit wurde durch die mediale Berichterstattung über Vorfälle wie die Silvesternacht 2015/2016 in Köln verstärkt, bei der es zu einer Reihe von sexuellen Übergriffen, Diebstählen und anderen Straftaten kam, was eine öffentliche Debatte über Sicherheitsfragen und die Integration von Migranten auslöste und das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und die politische Führung weiter untergrub (Enste et al., 2016).

Die Krise führte auch zu einem Anstieg populistischer Bewegungen, die das Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien und Institutionen weiter schürten. Populistische Parteien nutzten die Situation, um Ängste vor Überfremdung und Kriminalität zu verstärken, was das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierungen, die

Interessen der Bürger zu vertreten, weiter schwächte. Darüber hinaus diente die Flüchtlingskrise als Katalysator für eine breitere Debatte über soziale Ungleichheit und die Verteilung von Ressourcen: Viele Bürger hatten den Eindruck, dass die Politik die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung vernachlässigte, was das Vertrauen in die Gerechtigkeit der politischen Entscheidungen beeinträchtigte (Enste/Suling, 2020).

■ Die COVID-19 Pandemie

Ein paar Jahre später ereignete sich die COVID-19 Pandemie, die sich nicht nur in eine Gesundheitskrise, sondern auch in eine Vertrauenskrise entwickelte. Fehlende Transparenz, widersprüchliche Informationen und inkonsistente Ansätze zur Pandemiebekämpfung trugen zu einem Rückgang des Vertrauens in Wissenschaft, Politik und Medien bei (Stojetz et al., 2024). Ein wesentlicher Auslöser für den Vertrauensverlust war die anfängliche Unsicherheit über die Natur des Virus und Wirksamkeit der Maßnahmen zu seiner Eindämmung. Die wechselnden Empfehlungen und Maßnahmen, wie Lockdowns, Quarantänen, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen und anschließender Aufhebung solcher Beschränkungen führten nicht nur zu Verwirrung und Skepsis in der Bevölkerung, sondern wurden zum Teil auch als Eingriff in die Freiheitsrechte wahrgenommen. Diese Wahrnehmung wurde von populistischen Bewegungen genutzt, um das Misstrauen gegenüber der Regierung weiter zu schüren (Enste/Suling 2020). Die Verbreitung von Desinformation in sozialen Medien verschärfte die Situation, indem sie Misstrauen und Skepsis gegenüber Impfungen und Schutzmaßnahmen schürte (Enste/Kary, 2021).

Aufgrund des Konflikts zwischen individueller Freiheit und dem Gemeinwohl führte insbesondere die Covid-19 Schutzimpfung zu einer deutlichen Polarisierung und spaltete die deutsche Bevölkerung auf verschiedenen Ebenen. Während viele Menschen die Impfung als einen solidarischen Akt betrachteten, um die Gesellschaft vor schweren Krankheitsverläufen und einer Überlastung des Gesundheitssystems zu schützen, sahen Kritiker in dem Druck oder gar der Pflicht zur Impfung eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit und Körperautonomie. Auch soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten spielten eine Rolle, denn in einigen Ländern war der Zugang zu Impfstoffen leichter als in anderen. Besonders Berufsgruppen, die mit vulnerablen Menschen arbeiteten, etwa in der Pflege, waren durch Impfpflichten betroffen, was ebenfalls zu Konflikten führte. Diese Konflikte spiegelten sich auch auf persönlicher Ebene wider: In vielen Familien- und Freundeskreisen führten unterschiedliche Haltungen zur Impfung zu Auseinandersetzungen. Diskussionen über Risiken und Nutzen wurden oft emotional und wenig faktenbasiert geführt. Polarisierende Berichterstattung sowie die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungstheorien in sozialen Medien verschärften die Situation, indem sie Misstrauen und Skepsis gegenüber Impfungen und Schutzmaßnahmen schürten (Enste/Kary, 2021). Die Diskussion um die Covid-19-Impfung wurde so zu einem Symbol für tiefere gesellschaftliche Konflikte und offenbarte tiefe Gräben hinsichtlich des Vertrauens in Institutionen, der Balance zwischen individueller Freiheit und dem kollektiven Wohl sowie der Bedeutung von Solidarität. Die Pandemie offenbarte außerdem Schwächen im Gesundheitssystem, insbesondere in Bezug auf die Kapazitäten und die Versorgungssicherheit kritischer Güter. Die Überlastung der Krankenhäuser und die anfänglichen Engpässe bei Schutzausrüstung und Impfstoffen trugen zum Misstrauen gegenüber der Fähigkeit des Systems bei, die Krise effektiv zu bewältigen (Enste, 2021).

2.2 Einfluss von sozialen Medien, politischer Polarisierung und Desinformation

In der aktuellen politischen Landschaft spielen Polarisierung und Desinformation eine zentrale Rolle bei der Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen und Prozesse. Durch Polarisierung wächst die Kluft zwischen politischen Lagern, was nicht nur Meinungsunterschiede verstärkt, sondern auch die Bereitschaft

zur Kompromissfindung und den Dialog mindert. Diese Entwicklung ist in Deutschland ebenso sichtbar wie in anderen westlichen Demokratien (Herold et al., 2023). Sie wird durch Populismus befeuert, der gesellschaftliche Ängste und Unsicherheiten aufgreift und oft in simplifizierten, emotionalisierten Narrativen kanalisiert. Ein zentraler Treiber der politischen Polarisierung ist die zunehmende Fragmentierung des öffentlichen Diskurses, die durch die Nutzung sozialer Medien verstärkt wird. Plattformen wie Facebook, X oder YouTube fördern durch ihre Algorithmen eine selektive Wahrnehmung, indem sie Inhalte priorisieren, die emotionale Reaktionen hervorrufen. Diese Dynamik begünstigt nicht nur die Verbreitung von Falschinformationen, sondern auch die Bildung von „Echokammern“ und „Filterblasen“, in denen homogene Gruppen ihre bestehenden Überzeugungen gegenseitig verstärken (Kapitel 1).

Die unkritische Nutzung sozialer Medien kann zu einem verzerrten Bild der Realität führen, insbesondere in Bezug auf gesellschaftliche und politische Themen (Tandoc et al., 2018). Studien zeigen, dass Personen, die sich primär über soziale Medien informieren, anfälliger für Fehlinformationen und eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit sind (Allcott/Gentzkow, 2017). Dies kann dazu führen, dass sie die öffentliche Meinung überschätzen, insbesondere in Bezug auf Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität (Niehues et al., 2021). Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Nutzer sozialer Medien, die zu populistischen Parteien neigen, häufig in Echokammern verweilen. Die Bestätigung ihrer bestehenden Ansichten und die Ausblendung abweichender Meinungen kann zu einer verstärkten Polarisierung und einem verminderten Verständnis für andere Perspektiven führen (Bail et al., 2018). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die verstärkte Verbreitung von unbestätigten, ungefilterten, irreführenden oder schlichtweg falschen Informationen (Desinformationen) und Verschwörungstheorien auf Plattformen wie YouTube und Telegram (Allcott/Gentzkow, 2017). Akteure, die gezielt Unwahrheiten verbreiten – sei es aus politischen, wirtschaftlichen oder ideologischen Motiven –, nutzen soziale Medien als Plattform, um breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Die Geschwindigkeit, mit der Desinformation verbreitet wird, und ihre emotionale Aufladung erschweren es, Fakten von Fiktion zu unterscheiden.

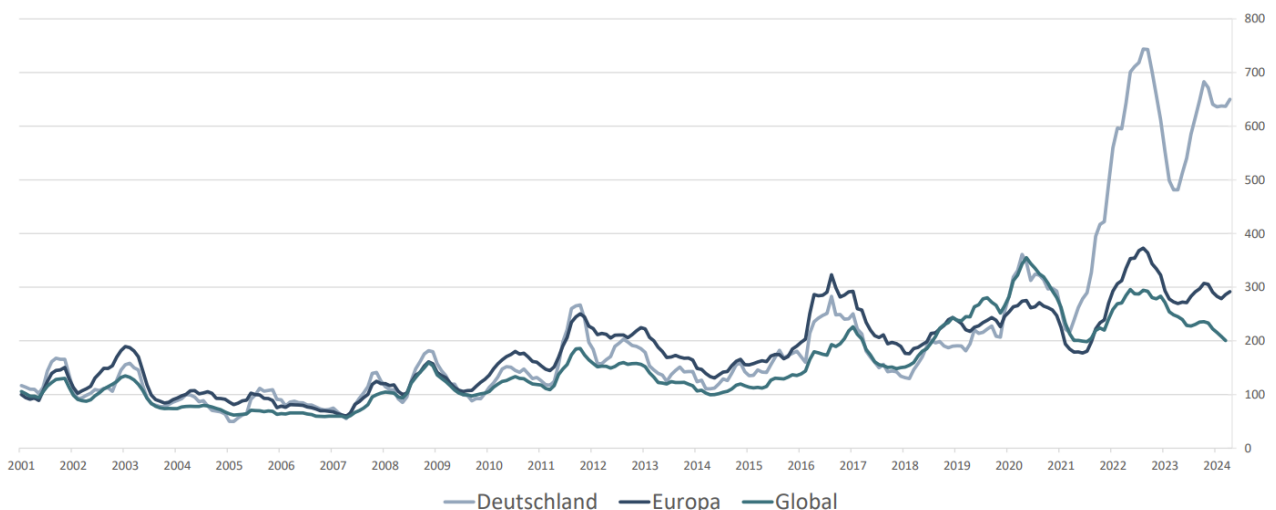
Die Konsequenzen von Polarisierung und Desinformation sind weitreichend. Erstens wird das Vertrauen in traditionelle Medien und politische Institutionen, in den politischen Diskurs und in die Fähigkeit zur Problemlösung unterminiert (Guess et al., 2018). Studien zeigen, dass Desinformation dazu beiträgt, Misstrauen in traditionelle Medien, politische Akteure und Institutionen zu säen (Diermeier et al., 2023). Zweitens führt die Verbreitung von Desinformation oft zu einer Radikalisierung, die nicht nur die politische Mitte schwächt, sondern auch extremistischen Positionen eine Bühne bietet. In Deutschland spiegelt sich dies im Aufstieg der AfD wider, die in Teilen ihrer Rhetorik bewusst auf polarisierende und desinformative Strategien setzt, um zu mobilisieren. Ein weiterer Effekt ist die Verunsicherung der Bevölkerung. In einer Welt, in der objektive und verifizierbare Fakten immer schwieriger zu identifizieren sind, entsteht ein Gefühl der Orientierungslosigkeit, was sich negativ auf das gesellschaftliche Vertrauen auswirkt (siehe dazu Kapitel 4.3.3). Wenn Bürger weder den Informationen, die sie konsumieren, noch den Institutionen, die diese Informationen bereitstellen, vertrauen, wird der soziale Zusammenhalt geschwächt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Polarisierung und Desinformation das Potenzial haben, demokratische Strukturen grundlegend zu destabilisieren. Sie gefährden nicht nur das Vertrauen in politische Institutionen, sondern auch die gesellschaftliche Resilienz gegenüber Krisen.

2.3 Folgen der wirtschaftlichen Instabilität und Unsicherheit

Die deutsche Volkswirtschaft ist durch 75 Jahre wirtschaftliche Stabilität geprägt. Diese historische Kontinuität sollte den wirtschaftlichen und politischen Institutionen grundsätzlich ein hohes Maß an Vertrauen verleihen. Allerdings führen aktuelle Herausforderungen wie Inflation und wirtschaftliche Unsicherheiten zu tiefgreifenden und vielschichtigen Auswirkungen auf das Vertrauen in der deutschen Gesellschaft. Die anhaltend hohen Inflationsraten mindern die Kaufkraft von Einkommen und Vermögen erheblich, was nicht nur zu realen Wohlstandsverlusten führt, sondern auch zusätzliche Transaktionskosten erzeugt. Denn sie zwingen Haushalte und Unternehmen dazu, Konsum- und Investitionsentscheidungen zu überdenken, wodurch sich Konsum- und Vermögensstrukturen spürbar verschieben. Insbesondere in einer exportorientierten Volkswirtschaft wie Deutschland sind solche Dynamiken spürbar, da sie sich auf die Stabilität der wirtschaftlichen Ordnung und somit auf das Vertrauen in deren Resilienz auswirken (Grömling, 2022).

Wirtschaftliche Unsicherheit lässt sich auch empirisch anhand von Deutschlands Ergebnissen beim Economic Policy Uncertainty (EPU) Index belegen (Abbildung 1). Dieser dient als Indikator für das Ausmaß der wahrgenommenen Unsicherheit in einer Wirtschaft und wird auf Basis der Häufigkeit bestimmter Begriffe in Zeitungsartikeln, der Anzahl auslaufender Steuerregelungen und der Meinungsverschiedenheiten unter Wirtschaftsprognosen ausgewertet. Historisch gesehen hat der Index in Zeiten erhöhter Unsicherheit, wie während der globalen Finanzkrise 2008/2009 und der Euro-Schuldenkrise, in Deutschland bereits verhältnismäßig hohe Werte erreicht. Auch Ereignisse wie die Brexit-Entscheidung und die US-Wahlen 2016 führten zu signifikanten Anstiegen im Index. Solche Unsicherheiten können Investitionsentscheidungen erschweren und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Doch in den letzten Jahren (insbesondere in 2021) ist der deutsche EPU-Index im Vergleich zum europäischen und globalen Durchschnitt überproportional stark angestiegen (Matthes, 2025, 12).

Abbildung 1: Entwicklung des Economic Policy Uncertainty Index (Sechs-Monatsdurchschnitte)



Quelle: Macrobond, 2024; Matthes, 2025

Ein zentraler Treiber für die derzeit besonders hohe wirtschaftliche Unsicherheit ist die geopolitische Lage, die sich durch zunehmende Spannungen und eine wirtschaftspolitische „Zeitenwende“ verändert. Konflikte, Sanktionen und geopolitische Rivalitäten führen zu Unsicherheiten in den internationalen Handelsbeziehungen. Insbesondere die Herausforderungen durch die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen und

Energiequellen rückte in den letzten Jahren stark in den Fokus. Deutschland und andere Staaten versuchen infolgedessen, ihre wirtschaftliche Sicherheit zu stärken und ihre Lieferketten widerstandsfähiger zu machen. Einige Staaten wie etwa China und die USA nutzen gezielt Subventionen und industriepolitische Maßnahmen, um heimische Unternehmen zu schützen und die Produktion vom Ausland ins Inland zu verlagern. Programme wie der Inflation Reduction Act in den USA oder gezielte Subventionspolitik in anderen Ländern setzen Anreize für eine Produktionsverlagerung und verändern die Wettbewerbsbedingungen auf globaler Ebene. Dies führt für viele Unternehmen zu Unsicherheit, da sie ihre Standorte, Investitionen und strategische Ausrichtung anpassen müssen. Zusätzlich wächst der Wettbewerbsdruck, insbesondere durch Chinas industriepolitischen Strategie, die in einigen Bereichen als unfair wahrgenommen wird, etwa durch staatlich geförderte Überkapazitäten oder eingeschränkten Marktzugang für ausländische Unternehmen. Europäische und andere westliche Unternehmen stehen daher vor der Herausforderung, in einem zunehmend protektionistischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, während gleichzeitig Handelskonflikte und regulatorische Unsicherheiten bestehen. Die Kombination aus geopolitischen Risiken, wirtschaftspolitischen Eingriffen und globalen Krisen sorgt für eine schwer kalkulierbare wirtschaftliche Zukunft. Unternehmen müssen sich auf volatilere Märkte, stärkere staatliche Interventionen und eine sich wandelnde Nachfrage einstellen, was strategische Planungen erschwert (Obst et al., 2024).

Die in Kapitel 1 bereits thematisierte Entwicklung des zunehmenden Misstrauens gegenüber traditionellen Parteien kann als Ausdruck einer breiteren gesellschaftlichen Frustration gegenüber der Regierung und ihrer Fähigkeit, wirtschaftliche Herausforderungen effektiv zu bewältigen, angesehen werden (Enste, 2023). Die daraus resultierenden Unsicherheiten wirken sich nicht nur auf den sozialen Zusammenhalt aus, sondern erhöhen auch die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber wirtschaftlichen Risiken. Dieses gestiegene Risikobewusstsein wird durch verschiedene Megatrends wie den demografischen Wandel, Digitalisierung und De-Globalisierung zusätzlich verstärkt, da diese als potenzielle Bedrohungen wahrgenommen werden (Diermeier/Niehues, 2019) (vgl. Kapitel 1).

Die aufgeführten Beispiele in Kapitel 2.1 bis 2.3 verdeutlichen die weitreichenden Konsequenzen von Vertrauensverlusten. Vertrauenskrisen schwächen nicht nur die Funktionsfähigkeit von Institutionen, sondern fördern auch die Bildung ideologisch abgeschotteter Gruppen, wodurch der Raum für gemeinsamen Dialog schwindet. Der Erhalt und die Förderung von Vertrauen sind essenziell, um den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft wirksam begegnen zu können. Nun stellt sich die Frage, wie es um das Vertrauen in Deutschland tatsächlich bestellt ist. Bestätigt sich die vielfach diskutierte und theoretisch abgeleitete Vertrauenskrise (Kapitel 2) auch anhand empirischer Daten?

3 Methodik

3.1 Datengrundlage und ausgewählte Indikatoren

Um eine fundierte Analyse durchzuführen, wurden Vertrauensdaten aus großen, repräsentativen Datensätzen zusammengeführt. Dadurch lässt sich das Vertrauen verschiedener Bevölkerungsgruppen über einen längeren Zeitraum hinweg untersuchen. Die Methodik zur Erstellung des Index wurde erstmals ausführlich im IW-Vertrauensindex von 2015 (Enste/Möller, 2015) beschrieben und wird aufgrund des analogen Vorgehens hier nur kurz erläutert.

Der Gesamtvertrauensindex deckt 20 Länder ab und setzt sich aus drei Einzelindizes zusammen:

- Vertrauen in das politische System,
- Vertrauen in das Wirtschaftssystem,
- Vertrauen in das Gesellschaftssystem.

Der Gesamtindex ergibt sich als Durchschnitt dieser drei Teilbereiche. Durch die Verdichtung der Daten wird es möglich, komplexe Zusammenhänge auf eine einfache und verständliche Weise darzustellen, was wiederum die Einbindung des Themas in öffentliche und politische Diskussionen erleichtert. Bei der Auswahl der zugrunde liegenden Daten wurden mehrere Kriterien berücksichtigt: die thematische Relevanz, die Zuverlässigkeit und Qualität der Quellen sowie die Verfügbarkeit der Daten für die untersuchten Länder über einen definierten Zeitraum. Der Vertrauensindex basiert auf Ergebnissen internationaler Umfragen zum Thema Vertrauen und statistischen Daten internationaler Organisationen, die meist jährlich zwischen 2015 und 2023 erhoben wurden. Die Anzahl der verwendeten Variablen variiert und ist abhängig davon, ob die Daten für den definierten Zeitraum und die ausgewählten Länder verfügbar sind. Eine Übersicht über die Einzelindikatoren und deren Quellen findet sich zusammengefasst in Tabelle 1:

Tabelle 1: Indikatoren der Vertrauensdimensionen

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
1. Vertrauen in das politische System			
1.1	Vertrauen in die Regierung	Die Bürger geben an, wie groß ihr Vertrauen in die Regierung ist.	Europäische Kommission (2025b)
1.2	Vertrauen in das Parlament	Die Bürger geben an, wie groß ihr Vertrauen in das Parlament ist.	Europäische Kommission (2025b)
1.3	Politische Stabilität	Misst die wahrgenommene Stabilität der Regierung und die Wahrscheinlichkeit ihres Sturzes durch Gewalt oder Terrorismus.	Weltbank (2025a)
1.4	Rechtsstaatlichkeit	Erfasst die Glaubwürdigkeit der staatlichen Regeln (das Vertrauen der Bevölkerung in den Schutz von Eigentumsrechten, die Vertragsdurchsetzung, die Polizei und die Gerichte sowie die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Kriminalität).	Weltbank (2025a)
1.5	Effektivität der öffentlichen Verwaltung	Beurteilung der Qualität der öffentlichen Verwaltung durch die Bürger (die Unabhängigkeit von politischen Zwängen, die Qualität der Richtlinienformulierung und -implementierung, wie glaubwürdig solche Richtlinien eingehalten werden).	Weltbank (2025a)
1.6	Korruptionsbekämpfung	Wahrnehmung der Bevölkerung, in welchem Ausmaß von der öffentlichen Gewalt Macht ausgeübt wird, wobei sowohl tendenziell belanglose als auch schwerwiegende Formen der Korruption berücksichtigt werden.	Weltbank (2025a)
2. Vertrauen in das Wirtschaftssystem			
2.1	Branchenvertrauen	Unternehmer aus einer Branche schätzen ihren aktuellen Stand und die zukünftigen Chancen für ihr Unternehmen ein. Beteiligte Branchen: Industrie-, Dienstleistung, Einzelhandel- und Baubranche.	Europäische Kommission (2025c)
2.2	Konsumentenvertrauen	Konsumenten machen Angaben zur erwarteten Entwicklung bezüglich der eigenen finanziellen Situation, der wirtschaftlichen Situation des Landes, der Arbeitslosensituation und der eigenen Sparsituation für die nächsten 12 Monate. Abweichung vom langfristigen Trend des Landes werden gemessen.	OECD (2025)

2.3	Inflationswahrnehmung	Spiegelt die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der Entwicklung der Konsumentenpreise in den nächsten 12 Monaten im Vergleich zum vergangenen Jahr wider, basierend auf Umfragedaten.	Europäische Kommission (2025a)
2.4	Arbeitslosenrate	Arbeitslosenangabe als prozentualer Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung	Weltbank (2025b)
2.5	Ratingdaten der Länder	Mittelwert aus den Länderratings der Scope Group	Scope Group (2025)
3.	Vertrauen in das Gesellschaftssystem		
3.1	Vertrauen in Mitmenschen	Das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in ihre Mitmenschen	European Social Survey (2025)
3.2	Fairness	Zeigt, wie fair die Bevölkerung ihre Mitbürger einschätzt.	European Social Survey (2025)
3.3	Hilfsbereitschaft	Gibt an, als wie hilfsbereit die Bevölkerung ihre Mitbürger empfindet.	European Social Survey (2025)

Quelle: Eigene Darstellung

3.2 Standardisierung und Aggregation

Um eine einheitliche Grundlage für die Analyse zu schaffen, wurden die Ausgangsdaten vor der Aggregation auf einen Wertebereich von 0 bis 100 standardisiert. Dabei erhielt das Land mit dem besten Wert für die jeweilige Variable den Wert 100, während das Land mit dem schlechtesten Wert den Wert 0 zugewiesen bekam. Alle anderen Länder wurden entsprechend ihrer Position zwischen diesen beiden Extremen eingeordnet. Im nächsten Schritt wurden die standardisierten Werte den einzelnen Teilindikatoren thematisch zugeordnet und zusammengeführt. Für die anschließende Aggregation der Daten wurde das arithmetische Mittel aus den zugeordneten, standardisierten Variablenwerten berechnet. Alle Einzelindikatoren sind gleichgewichtet in die Berechnung eingegangen. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, Variablen, die ursprünglich mit unterschiedlichen Messmethoden erfasst und unterschiedlich skaliert wurden, miteinander zu vergleichen. Diese Methode, die häufig zur Konstruktion von Indizes eingesetzt wird, wird ausführlich im IW-Vertrauensindex 2015 (Enste/Möller, 2015) beschrieben.

3.3 Ländervergleich

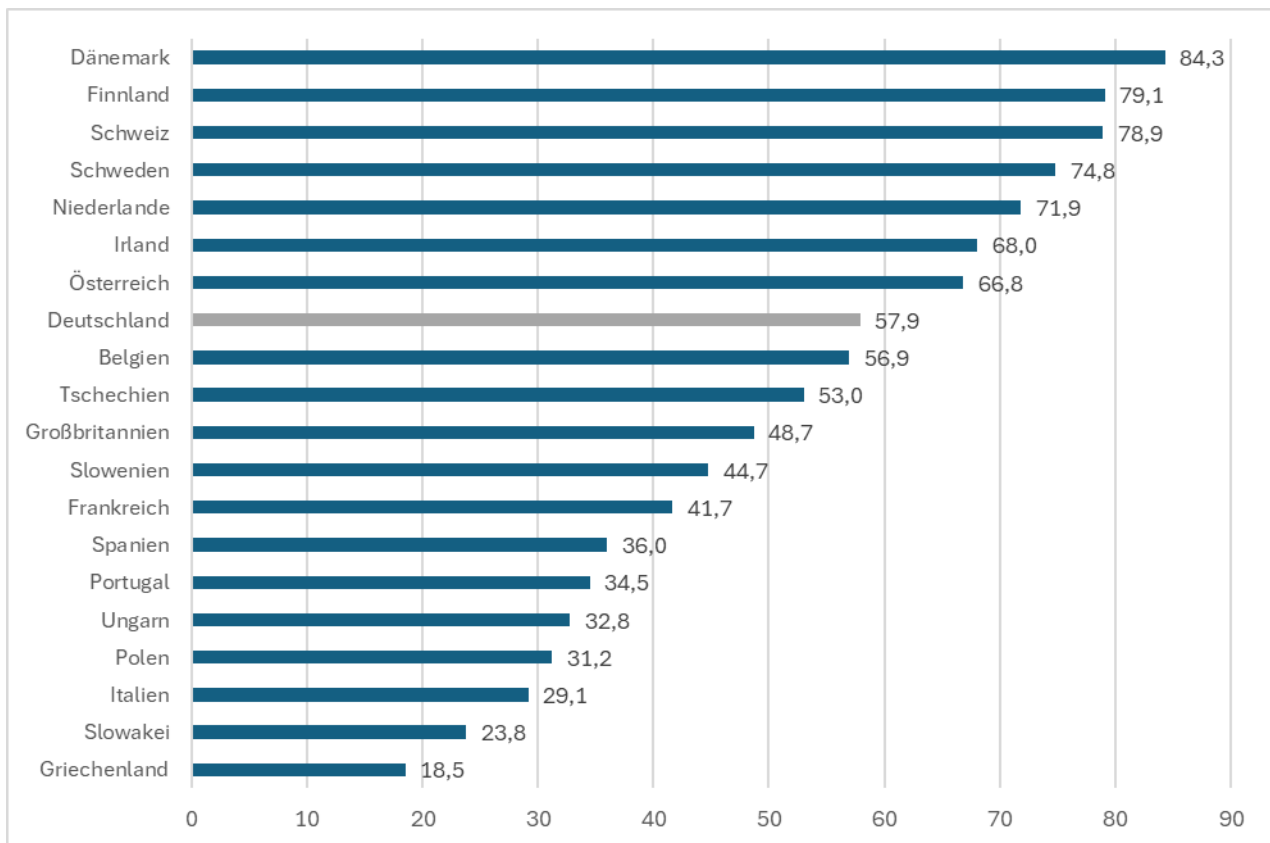
Im Rahmen eines Ländervergleichs werden die standardisierten Werte der einzelnen Staaten analysiert, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den betrachteten Indikatoren sichtbar zu machen. Dabei werden die Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn einander vergleichend gegenübergestellt. Diese Vergleichsanalyse ermöglicht es, sowohl Spitzenreiter als auch Nachzügler zu identifizieren und deren relative Positionen im Kontext der untersuchten Variablen einzuordnen. Ein Mehrwert liegt darin, dass dadurch auch die Position Deutschlands im europäischen Vergleich besser eingeordnet werden kann. So wird ersichtlich, ob Deutschland in bestimmten Bereichen zu den führenden Ländern zählt, im Mittelfeld liegt oder in einzelnen Aspekten möglicherweise gar zu den Schlusslichtern gehört. Durch die Betrachtung der Ursachen und Muster hinter den Ergebnissen – im Konkreten politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Faktoren – werden tiefere Einblicke in die relative Leistungsfähigkeit der Länder gewonnen.

4 Ergebnisse des Vertrauensindex 2025

4.1 Gesamtvertrauensindex im Ländervergleich

Der Vertrauensindex zeigt deutliche Unterschiede zwischen den betrachteten europäischen Ländern. Besonders die skandinavischen Länder, allen voran Dänemark mit einem Gesamtpunktwert von 84, gefolgt von Finnland (79), schneiden am besten ab und halten damit den Status als Spitzenreiter im europäischen Vertrauensvergleich inne. Deutschland liegt mit einem Wert von 58 auf Platz 8 und bewegt sich damit im Mittelfeld. Österreich (67) und Irland (68) weisen wesentlich höhere Vertrauenswerte auf, während Belgien (57) und Tschechien (53) nur knapp hinter Deutschland liegen. Am unteren Ende des Rankings finden sich vor allem süd- und osteuropäische Länder. Griechenland (18) zeigt mit Abstand den niedrigsten Wert, gefolgt von der Slowakei (24), Italien (29) und Polen (31).

Abbildung 2: Gesamtindex Vertrauen (2022)



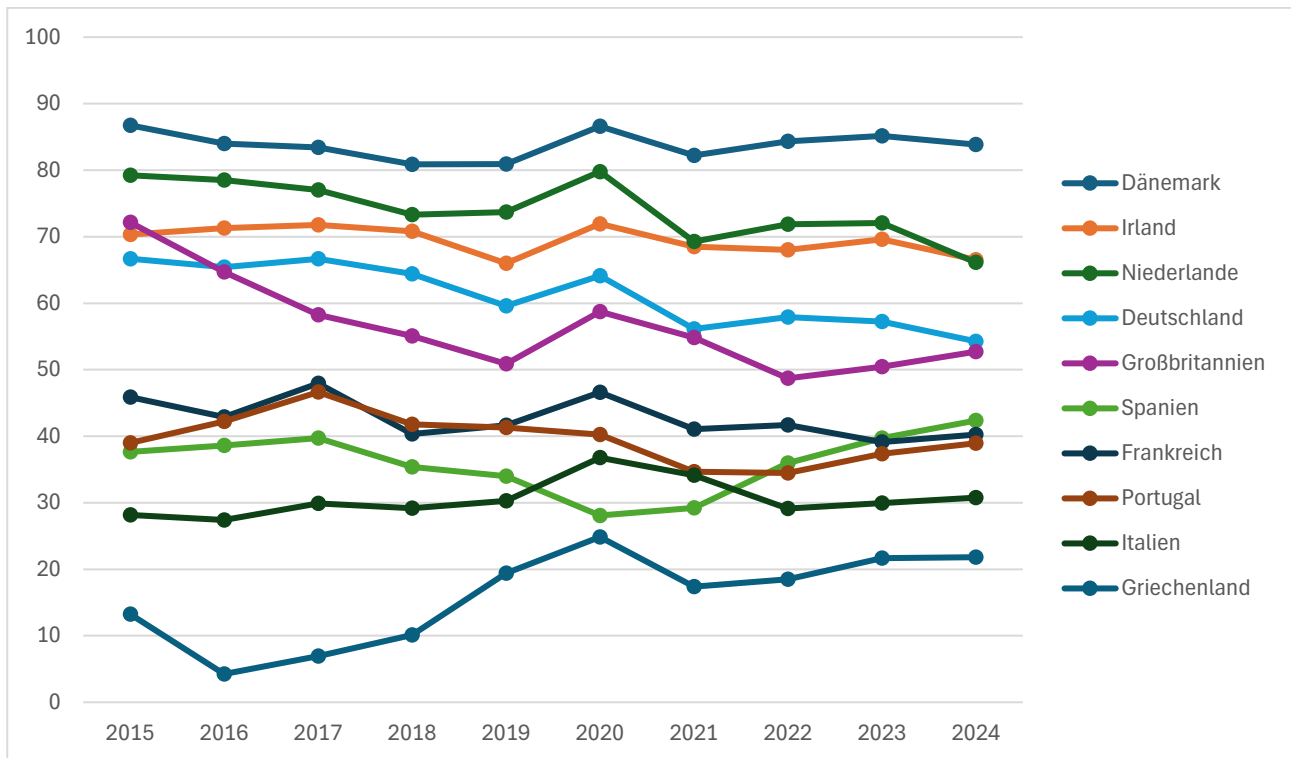
Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

Quelle: Europäische Kommission (2025b), Weltbank (2025a), Europäische Kommission (2025c), OECD (2025), Europäische Kommission (2025a), Weltbank (2025b), Scope Group (2025), European Social Survey (2025)

4.2 Vertrauensentwicklung im Zeitverlauf

Der Ländervergleich über die Jahre zeigt, dass das Vertrauen in den untersuchten Ländern in einigen Fällen deutlichen Schwankungen unterliegt. Dänemark bleibt durchgängig auf einem hohen Niveau und weist nur geringe Veränderungen auf. Auch Irland zeigt relativ stabile Werte, obwohl bei Betrachtung des Gesamtzeitraums ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Ähnlich wie Dänemark und Irland hatte das Gesamtvertrauen in den Niederlanden im Jahr 2015 einen hohen Ausgangswert und blieb bis 2018 relativ stabil. Im Jahr 2020 war nach einem kurzzeitigen Vertrauensrückgang ein Peak zu verzeichnen, der im Folgejahr wieder leicht abfiel. Danach blieb die Entwicklung relativ konstant. Der Spitzenwert im Jahr 2020 kann durch die außergewöhnlichen globalen Umstände erklärt werden, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht wurden. In Krisenzeiten, wie einer Pandemie, kann das Vertrauen in die Regierung und Institutionen aufgrund von Notfallmaßnahmen und öffentlicher Solidarität kurzfristig ansteigen. Der starke Abfall im Jahr 2021 könnte auf die zunehmenden Herausforderungen der Pandemie und die Unzufriedenheit mit der weiteren Entwicklung der Situation zurückzuführen sein. Ein ähnlicher Effekt war in fast allen der betrachteten Länder zu verzeichnen, wo vergleichbare Vertrauensschwankungen aufgrund der Pandemie und ihrer Auswirkungen auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft beobachtet wurden. Deutschland bewegt sich im gesamten Zeitverlauf im oberen Mittelfeld, doch es lässt sich insgesamt ein Abwärtstrend im Gesamtvertrauensindex beobachten.

Besonders auffällig ist die Entwicklung in Großbritannien: Hier zeichnet sich von 2015 bis 2019 ein erheblicher Vertrauensverlust ab, was maßgeblich durch den Brexit und damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit, politische Machtkämpfe und gesellschaftliche Spaltung bedingt war. Auch hier sank das Vertrauen nach einem kurzen Anstieg in 2020 wieder auf einen Tiefstand in 2022, bevor es in den letzten 2 Jahren laut Prognose wieder leicht anstieg. Ein auffälliger Verlauf ist auch in Griechenland zu beobachten, was im gesamten Zeitverlauf die mit Abstand niedrigsten Werte aufweist. Harte Sparmaßnahmen, hohe Arbeitslosigkeit und politische Unsicherheiten infolge der schweren Finanzkrise führten zu großem Misstrauen innerhalb der Bevölkerung und einem Vertrauentief im Jahr 2016. In den darauffolgenden Jahren begann das Vertrauen zu steigen, da sich die Wirtschaft langsam erholte, Reformen griffen wurden und Griechenland 2018 das Rettungsprogramm der EU erfolgreich beendete. Dennoch bleibt festzuhalten, dass trotz dieser positiven Entwicklung das Vertrauen in Griechenland im europäischen Vergleich weiterhin auf einem äußerst niedrigen Niveau verharrt.

Abbildung 3: Internationaler Vertrauensindex im Zeitverlauf (für ausgewählte Länder)


Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Werte für 2023 und 2024 geschätzt/prognostiziert

Quelle: Europäische Kommission (2025b), Weltbank (2025a), Europäische Kommission (2025c), OECD (2025), Europäische Kommission (2025a), Weltbank (2025b), Scope Group (2025), European Social Survey (2025)

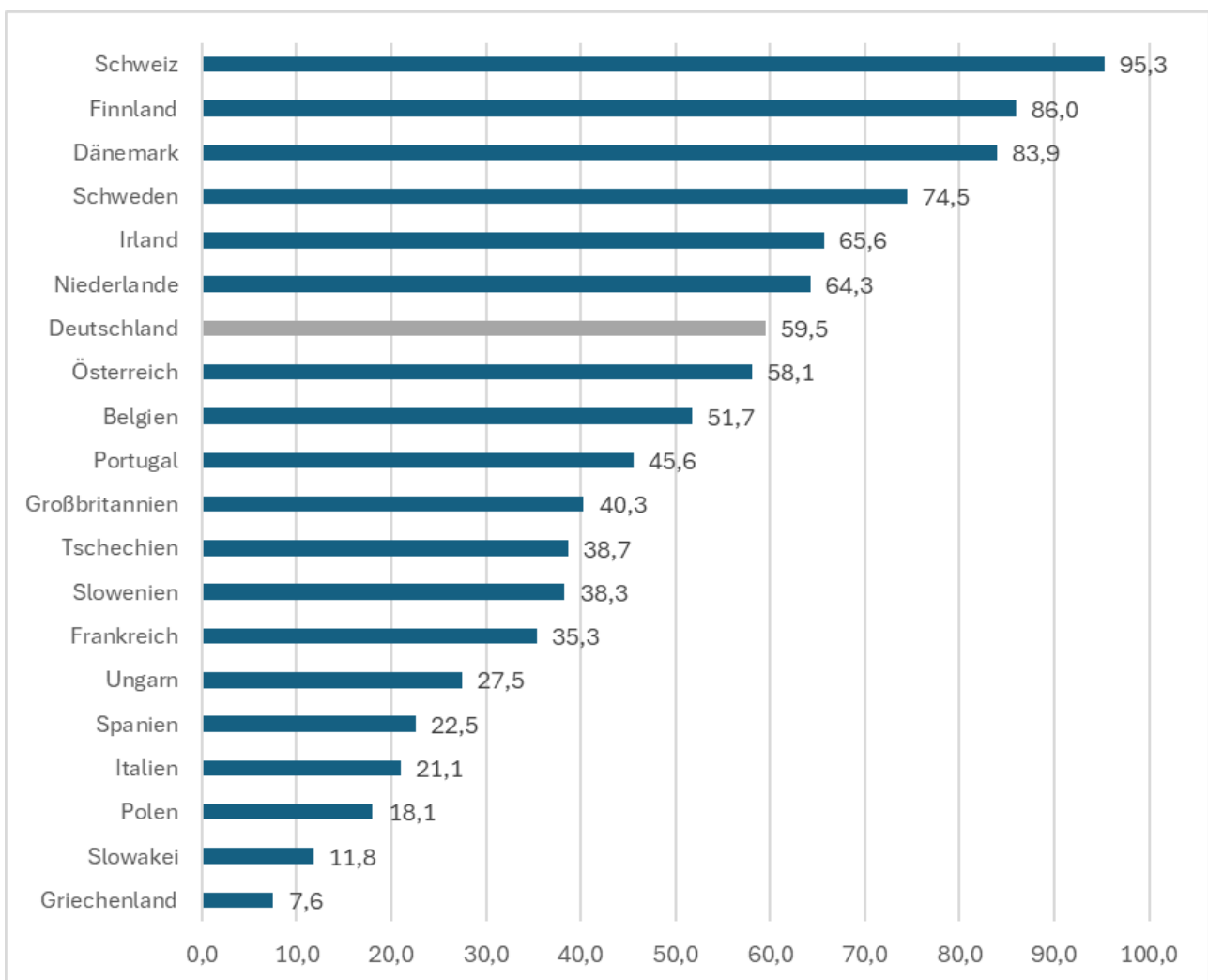
4.3 Vertrauen auf der Makroebene

4.3.1 Politisches System

Für den Unterindex Vertrauen in das politische System wird überprüft, wieviel Vertrauen die befragten Bürger in die nationale Regierung und in das nationale Parlament haben. Zudem wird nach der politischen Stabilität gefragt. Diese gibt wieder, als wie stabil die Regierung empfunden wird und wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass diese durch Gewalt oder Terrorismus gestürzt werden kann. Eng verknüpft mit der politischen Stabilität ist die Rechtsstaatlichkeit eines Landes. Dieser Indikator erfasst, als wie glaubwürdig und zuverlässig die Bevölkerung die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen eines Staates wahrnimmt. Die Qualität der öffentlichen Verwaltung beeinflusst ebenfalls maßgeblich das Vertrauen von Bürgern in das politische System, weil sie zeigt, wie effektiv, transparent und unabhängig staatliche Institutionen agieren, wie gut Richtlinien formuliert und umgesetzt werden und wie glaubwürdig deren Einhaltung ist. Wenn die Regierung Gesetze und Befugnisse missbraucht, untergräbt sie das Vertrauen der Bürger. Daher wird in die Analyse ein zusätzlicher Indikator zur Korruptionsbekämpfung einbezogen, der die Wahrnehmung der Bevölkerung über das Ausmaß des Machtmissbrauchs durch die öffentliche Gewalt erfasst. Die Ergebnisse des Teilindex „Vertrauen in das politische System“ werden in Abbildung 4 dargestellt. Im Jahr 2022 belegen die Schweiz, Finnland und Dänemark die ersten drei Plätze. Dabei liegt die Schweiz mit 95 Punkten mit großem Abstand auf Platz 1, während Finnland und Dänemark mit Indexwerten von 86 und 84 mit einem punktemäßig größeren Abstand folgen. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland (60) den siebten Platz.

Besonders gut schneidet Deutschland bei den Indikatoren „Korruptionsbekämpfung“ und „Rechtsstaatlichkeit“ ab, da das Land über gut etablierte und unabhängige Institutionen verfügt, die die Rechtsordnung überwachen und durchsetzen. Dies umfasst sowohl die Unabhängigkeit der Justiz als auch wirksame Kontrollmechanismen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern. Darüber hinaus trägt die konsequente Korruptionsbekämpfung, unterstützt durch ein starkes rechtliches Rahmenwerk und eine gesellschaftliche Ablehnung von Korruption, zur hohen Bewertung in diesen Bereichen bei. Die Länder Griechenland (8) und die Slowakei (12) belegen die letzten beiden Plätze des Rankings. Hier ist das Vertrauen in das politische System im europäischen Vergleich am niedrigsten. Das liegt zum Großteil daran, dass sowohl die politische Stabilität als auch die Rechtsstaatlichkeit von der griechischen Bevölkerung sehr schlecht bewertet wird. Im Vergleich dazu erreicht die Slowakei bei „Vertrauen in die Regierung“ und „Vertrauen in das Parlament“ im Ländervergleich den schlechtesten Wert, was das Gesamtergebnis stark nach unten zieht. Diese niedrigen Werte könnten durch wiederholte politische Instabilität, Korruptionsskandale und häufige Regierungswechsel bedingt sein, die zu einem Mangel an langfristiger politischer Kontinuität und Unsicherheit führten und das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen untergraben haben.

Abbildung 4: Vertrauen in das politische System (2022)

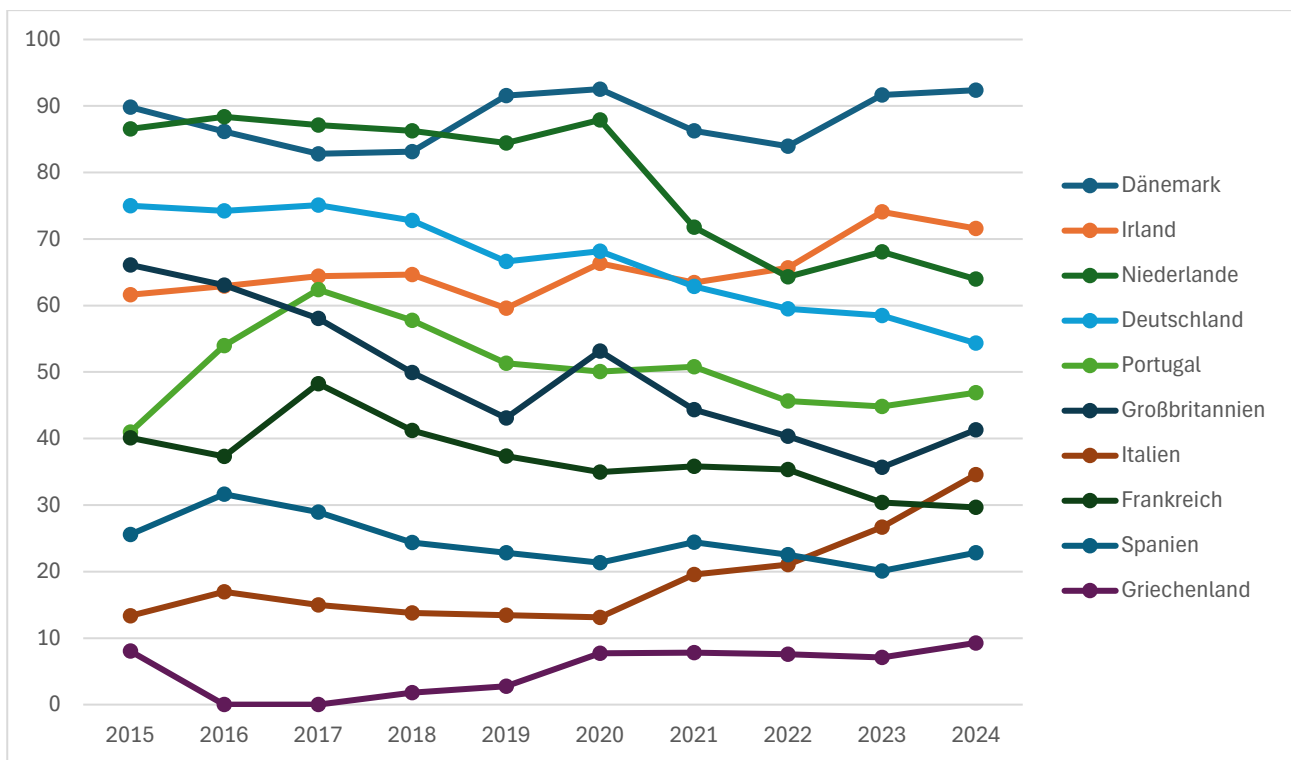


Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

Quelle: Europäische Kommission (2025b), Weltbank (2025a)

Betrachtet man alle Indikatoren zur Bewertung des Vertrauens in das politische System zusammen, so wird deutlich, dass Deutschland im Laufe der letzten Jahre trotz zuletzt guter Ergebnisse bei den Indikatoren „Korruptionsbekämpfung“ und „Rechtsstaatlichkeit“ insgesamt relativ starke Vertrauenseinbußen erlitten hat. Während der Wert von 2015 bis 2017 auf einem konstant hohen Niveau lag, ist seitdem ein Abwärtstrend zu beobachten, der sich seit 2020 verstärkt hat. Im Fall von Griechenland liegt das Vertrauen in das politische System auf einem konstant niedrigen Niveau, wenngleich sich der Wert seit 2017 geringfügig verbessert hat. Die positivste Entwicklung seit 2015 lässt sich bei Italien beobachten. Während das Land 2015 noch einen Indexwert von lediglich 13 Punkten erreichte, lag es in 2024 laut Prognose bei knapp 35 Punkten. Dänemark lag lediglich in den Jahren 2016 bis 2018 hinter den Niederlanden und führt seitdem (mit 92 prognostizierten Indexpunkten im Jahr 2024) den europäischen Vergleich an. Auch bei Dänemark gab es Schwankungen, dennoch blieben die Werte stets auf einem hohen Niveau.

Abbildung 5: Vertrauen in das politische System im Zeitverlauf für ausgewählte Länder



Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

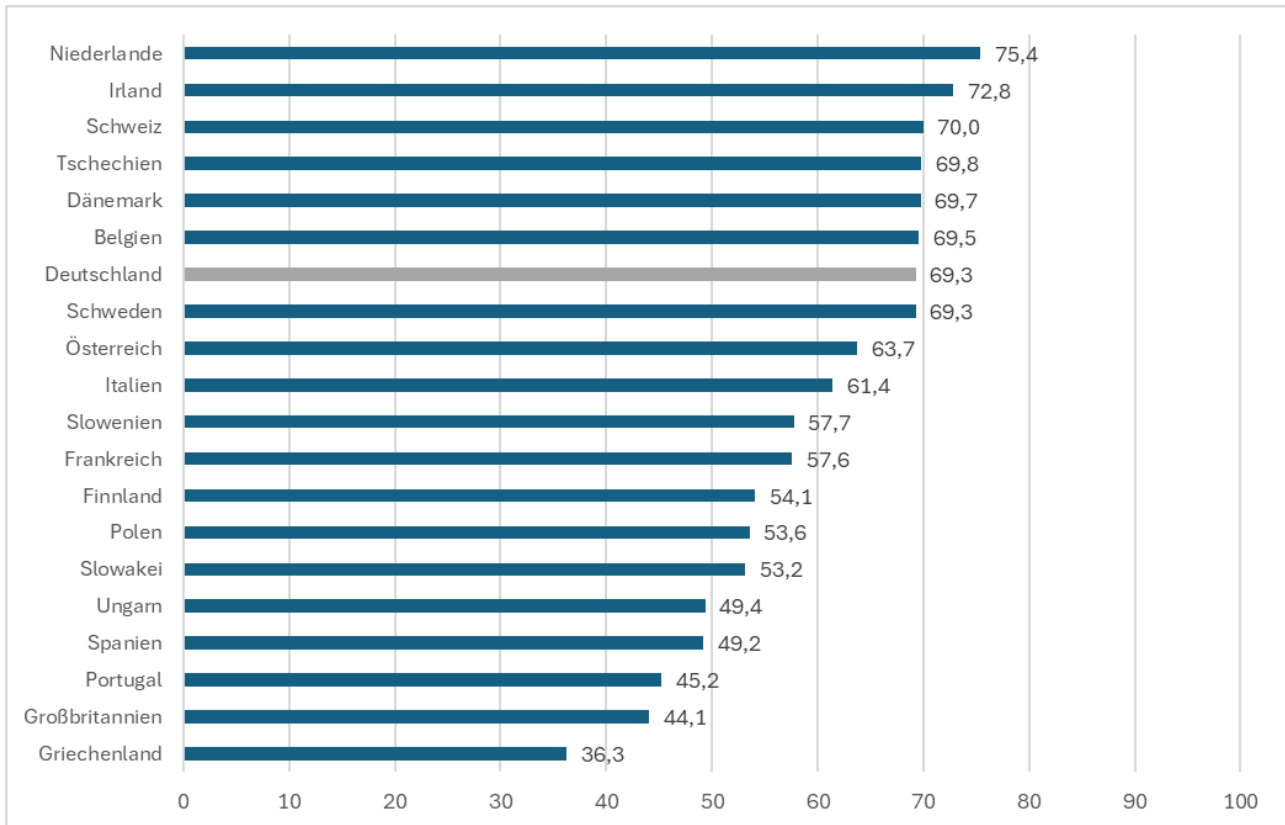
Quelle: Europäische Kommission (2025b), Weltbank (2025a)

4.3.2 Wirtschaftssystem

Abbildung 66 zeigt das Vertrauen in das Wirtschaftssystem in den verschiedenen europäischen Ländern im Jahr 2022. Länder mit einer stabilen wirtschaftlichen Lage und guten institutionellen Rahmenbedingungen weisen ein hohes Vertrauensniveau in das Wirtschaftssystem auf, da diese Faktoren oft mit Wohlstand und Wachstum verbunden sind. Zu den Spitzenreitern zählen die Niederlande, Irland und die Schweiz mit Indexpunktwerten von 75, 73 und 70. Bei diesem Teilindex liegt Deutschland mit einem Punktwert von 69 im oberen Mittelfeld nur knapp hinter der drittplatzierten Schweiz. Im Gegensatz dazu weisen Länder wie

Griechenland (36) und Großbritannien (44) deutlich geringere Vertrauenswerte auf, was auf wirtschaftliche Unsicherheiten, höhere Arbeitslosenraten und eine angespannte Inflationslage zurückzuführen sein könnte.

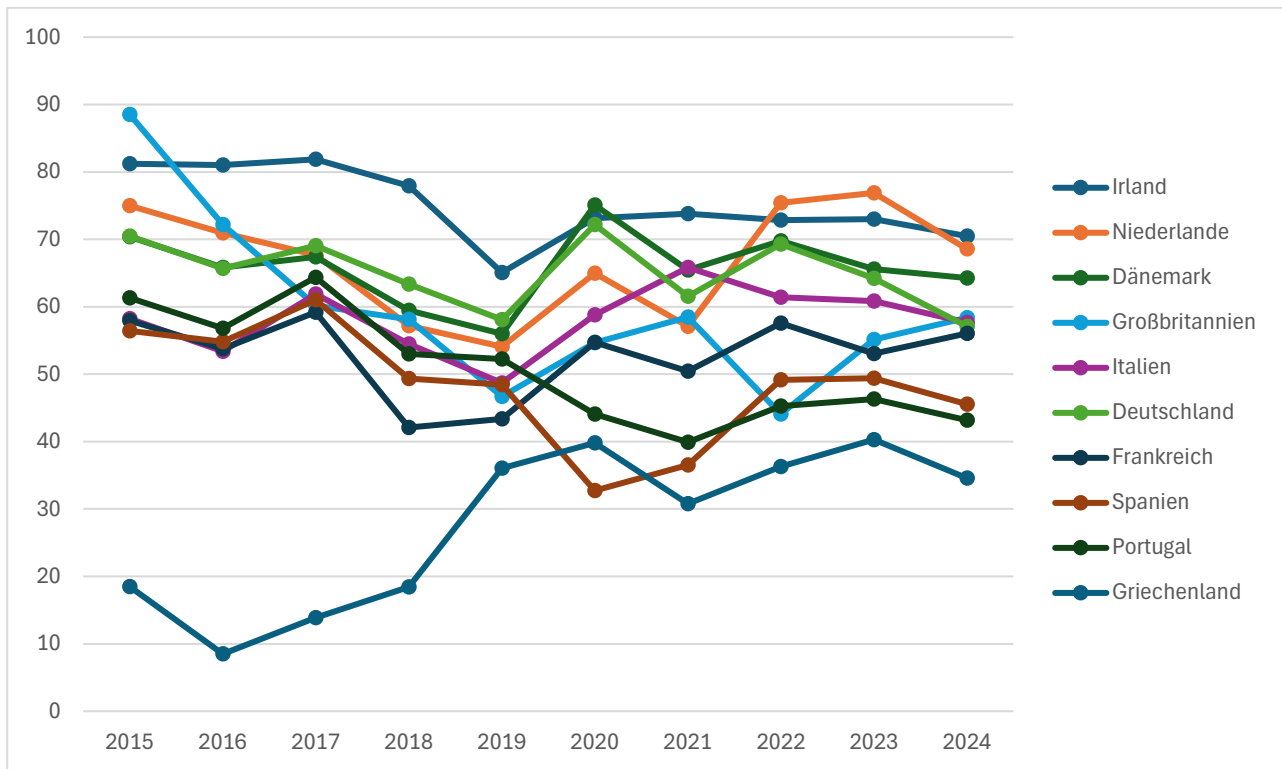
Abbildung 66: Vertrauen in das Wirtschaftssystem (2022)



Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

Quelle: Europäische Kommission (2025c), OECD (2025), Europäische Kommission (2025a), Weltbank (2025b), Scope Group (2025)

Abbildung 77 zeigt die Entwicklung der Indexwerte des Vertrauens in das Wirtschaftssystem verschiedener europäischer Länder zwischen 2015 und 2024. Irland gehört durchgehend zu den Spitzenreitern und zeigt, abgesehen von einem scharfen Rückgang in 2019 und einer direkt darauffolgenden Erholung, eine relativ stabile Entwicklung. Auch Dänemark und die Niederlande bewegen sich auf einem konstant hohen, wenn auch schwankenden Niveau und folgen in der Tendenz einem ähnlichen Verlauf wie Irland. Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien liegen im mittleren Bereich, wobei Großbritannien von 2015 bis 2019 einen deutlichen Rückgang verzeichnete. Griechenland startet mit einem sehr niedrigen Indexpunkt von 18 Punkten, zeigt nach dem Tiefpunkt in 2016 jedoch einen Aufwärtstrend, der bis 2020 anhält und sich in den Jahren danach zwischen 30 und 40 Punkten einpendelt.

Abbildung 77: Vertrauen in das Wirtschaftssystem im Zeitverlauf für ausgewählte Länder


Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

Quelle: Europäische Kommission (2025c), OECD (2025), Europäische Kommission (2025a), Weltbank (2025b), Scope Group (2025)

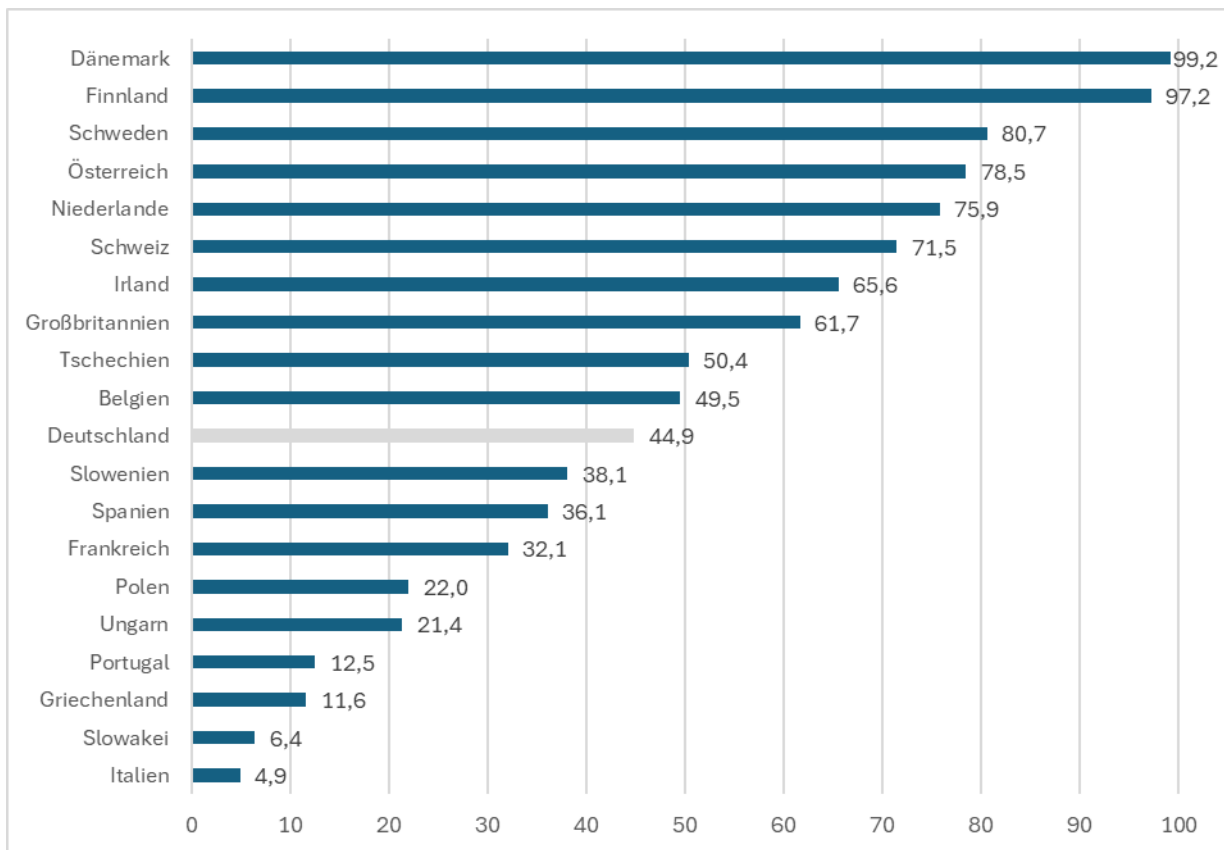
4.3.3 Gesellschaftssystem

Das Vertrauen in das Gesellschaftssystem variiert innerhalb Europas erheblich, wie Abbildung 8 verdeutlicht. Dänemark und Finnland erzielen in 2022 mit 99 und 97 Indexpunkten die höchsten Werte und liegen mit deutlichem Abstand vor Schweden (81 Punkte). Diese beiden Länder weisen nicht nur insgesamt ein hohes Vertrauen in das Gesellschaftssystem auf, sondern erreichen auch in den Einzelindikatoren „Fairness der Mitmenschen“, „Hilfsbereitschaft der Mitmenschen“ und „Vertrauen in Mitmenschen“ durchweg hohe Werte. Diese Ergebnisse lassen sich auf eine ausgeprägte soziale Sicherheit und einen starken Wohlfahrtsstaat zurückführen. Zudem profitieren Dänemark und Finnland von stabilen Institutionen und einer starken sozialen Kohäsion, die das Vertrauen in Mitmenschen und gesellschaftliche Strukturen fördern.

Deutschland befindet sich mit 45 Indexpunkten im Mittelfeld (Platz 11) der Rangliste. Während die Bundesrepublik in den Kategorien „Fairness der Mitmenschen“ und „Hilfsbereitschaft der Mitmenschen“ solide Punktzahlen verzeichnet, fällt das Vertrauen in die Mitmenschen im Jahr 2022 dennoch vergleichsweise gering aus. Dies deutet darauf hin, dass in Deutschland zwar ein gewisses Maß an sozialer Kohäsion und Hilfsbereitschaft vorhanden ist, jedoch auch ein spürbares Misstrauen innerhalb der Gesellschaft besteht. Ursachen hierfür könnten eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung, politische Unsicherheiten sowie historisch bedingte Faktoren sein, die generell eine gewisse Skepsis gegenüber Mitmenschen begünstigen.

Am unteren Ende der Vertrauensskala in Bezug auf das Gesellschaftssystem befinden sich Griechenland, die Slowakei und Italien, die mit 12, 6 und 5 Indexpunkten bei allen drei Indikatoren schlecht abschneiden. Diese Länder kämpfen teils mit wirtschaftlicher Unsicherheit, hoher Arbeitslosigkeit relativ hohen Arbeitslosenzahlen und einer teilweise als ineffizient oder korrupt wahrgenommenen öffentlichen Verwaltung. Diese strukturellen Herausforderungen wirken sich nicht nur negativ auf das Vertrauen in staatliche Institutionen aus (vgl. Kapitel 4.3.1), sondern können sich auch auf das gesellschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl auswirken. Politische Instabilitäten können das Gemeinschaftsgefühl schwächen und das Vertrauen in Mitmenschen beeinträchtigen. Dadurch wird deutlich, dass die verschiedenen Ebenen des Vertrauens nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern in einer wechselseitigen Beziehung stehen, sodass ein geringes Vertrauen in politische und wirtschaftliche Institutionen auch das Vertrauen in die Mitmenschen negativ beeinflussen kann und vice versa (Hradil et al., 2022).

Abbildung 8: Vertrauen in das Gesellschaftssystem (2022)



Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung)

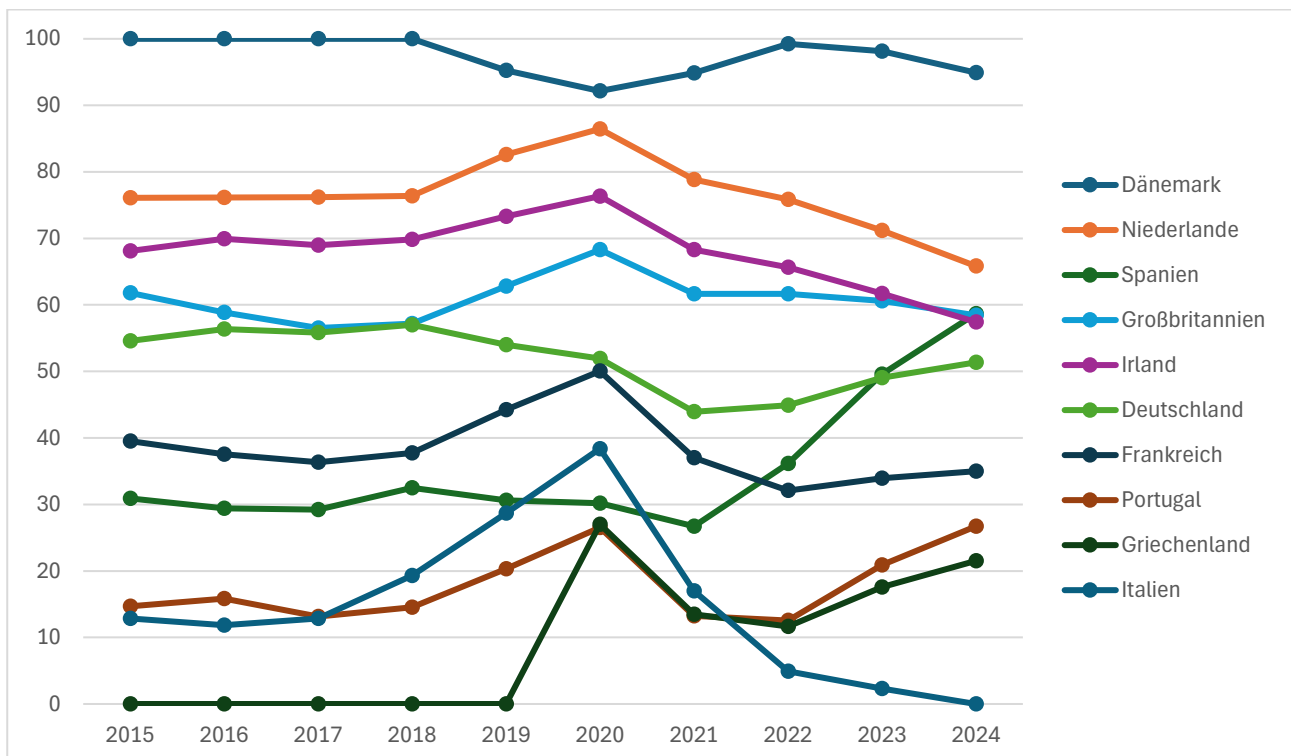
Quelle: European Social Survey (2025)

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung des Vertrauens in das Gesellschaftssystem in verschiedenen europäischen Ländern von 2015 bis 2024 anhand von Indexpunkten. Auffällig ist, dass Dänemark durchweg die höchsten Werte hält, mit einem stabilen Niveau von 90 bis 100 Punkten, was auf ein starkes Vertrauen der Bevölkerung in ihre Mitmenschen sowie ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft und Fairness hinweist. Die Niederlande folgen mit durchgehend hohen Werten zwischen 66 und 86 Punkten, allerdings ist ein klarer Rückgang nach einem Höchststand um 2020 zu erkennen.

Deutschland bewegt sich im mittleren Bereich, mit Werten zwischen 44 und 57 Punkten. In den Jahren nach 2018 war ein Abwärtstrend zu beobachten, der sich erst nach 2021 wieder zu erholen scheint. Das sinkende Vertrauen in die Mitmenschen in Deutschland lässt sich durch mehrere gesellschaftliche Entwicklungen erklären. Die zunehmende Polarisierung, insbesondere in Debatten um Migration, Klimaschutz oder die Corona-Maßnahmen, hat viele Menschen entfremdet und das Gefühl von Zusammenhalt geschwächt. Soziale Medien verstärken diese Spaltung, indem sie oft extreme Meinungen hervorheben und das Misstrauen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördern (Kapitel 1 und 2). Zudem haben wirtschaftliche Unsicherheiten, soziale Isolation während der Pandemie und eine wachsende Angst vor sozialem Abstieg dazu beigetragen, dass Menschen einander weniger vertrauen.

Länder wie Italien, Griechenland und Portugal, die ohnehin mit den niedrigsten Werten starten (unter 20 Punkte), weisen im Zeitverlauf starke Schwankungen auf. Bis 2020 sind in allen drei Ländern neutrale bis positive Entwicklungen zu beobachten, was auf Reformen und leichte wirtschaftliche Verbesserungen zurückzuführen sein könnte. Ab diesem Zeitpunkt jedoch dreht sich dieser positive Trend, wodurch das Vertrauen in das Gesellschaftssystem in allen drei Ländern bis 2022 wieder stark absinkt. Während Portugal und Griechenland in den zwei folgenden Jahren voraussichtlich wieder Vertrauensgewinne verzeichnen, hält der Abwärtstrend in Italien laut unseren Prognosen bis 2024 an. Insgesamt zeigen sich auch in dieser Vertrauensdimension deutliche Unterschiede zwischen den nord- und südeuropäischen Ländern, was auf unterschiedliche soziale, wirtschaftliche und politische Ausgangssituationen zurückzuführen ist.

Abbildung 9: Vertrauen in das Gesellschaftssystem im Zeitverlauf für ausgewählte Länder



Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Werte für 2023 und 2024 geschätzt/prognostiziert

Quelle: European Social Survey (2025)

5 Handlungsempfehlungen

Kapitel 1-3 haben gezeigt, wie wichtig Vertrauen für die Stabilität und Resilienz von modernen Gesellschaften und damit auch für die Leistungsfähigkeit eines Landes ist. Sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern ist ein Vertrauensverlust festzustellen. Diese Erkenntnis sollte als Warnsignal verstanden, aber auch als Antrieb genutzt werden. Wie gewinnen wir in Deutschland wieder positivere Perspektiven? Wie kann Vertrauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig gestärkt werden? Basierend auf den Ergebnissen und analysierten Zusammenhängen erscheinen folgende Maßnahmen für die nächste Bundesregierung besonders relevant:

- **Stärkung demokratischer Institutionen**

Demokratische Institutionen sind das Fundament eines stabilen und legitimen politischen Systems. Sie gewährleisten Rechtsstaatlichkeit, schützen die Grundrechte der Bürger und sorgen für gesellschaftliche Stabilität. Angesichts zunehmender politischer Polarisierung, Vertrauensverlust und wachsender Distanz zwischen der Bevölkerung und Entscheidungsträgern ist die Stärkung dieser Institutionen eine zentrale Aufgabe, um das Vertrauen der Bürger in die Demokratie langfristig zu sichern. Institutionen müssen glaubwürdig, handlungsfähig, integer und effizient bleiben, um als Anker des Vertrauens zu dienen (Enste/Suling, 2020). Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Ausbau der politischen Bildung: Politische Prozesse und demokratische Werte sollten Menschen bereits in jungen Jahren vermittelt werden, um das Verständnis für die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu fördern. Schulen und Universitäten könnten verstärkter Programme anbieten, die die Grundlagen der demokratischen Teilhabe erklären und ein kritisches Bewusstsein gegenüber aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen schaffen. Eine Stärkung der Fächer Politik und Geschichte für mehr Demokratiebildung in der Schule sowie praxisorientierte Ansätze, wie Simulationen von Parlamentsdebatten oder Besuche in politischen Institutionen, können das Interesse an Politik wecken und ein besseres Verständnis für deren Funktionsweise vermitteln (SWK, 2024). Politische Bildung sollte allerdings nicht auf junge Menschen beschränkt werden. Auch für Erwachsene sollten zugängliche Angebote geschaffen werden, wie beispielsweise in Form von Workshops, Online-Kursen oder lokalen Bildungsinitiativen, die auf lebenslanges Lernen abzielen.

Ein weiterer zentraler Pfeiler zur Stärkung demokratischer Institutionen ist die Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit. Unabhängige Institutionen wie Gerichte, Antikorruptionsbehörden oder Ombudsstellen spielen eine Schlüsselrolle, um die Kontrolle über politische Macht zu gewährleisten und Vertrauen in den Rechtsstaat zu sichern. Die Unabhängigkeit der Justiz muss durch klare gesetzliche Vorgaben geschützt werden, während Kontrollorgane und Aufsichtsbehörden die nötigen Ressourcen und Befugnisse erhalten sollten, um effektiv arbeiten zu können. Ebenso wichtig ist der Schutz der Pressefreiheit, denn unabhängige Medien sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie stellen sicher, dass die Öffentlichkeit informiert wird, und bieten Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungen (Die Bundesregierung, 2024).

- **Transparente politische Kommunikation**

Klare und ehrliche Kommunikation durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure ist insbesondere in Krisenzeiten essenziell, um Vertrauen zu schaffen und zu stärken. Ergänzend dazu muss der gesellschaftliche Dialog gefördert werden. Es braucht Plattformen für einen offenen, respektvollen und konstruktiven Austausch, um ideologische Gräben zu überwinden und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Offene Datenplattformen können den Bürgern Zugang zu relevanten Informationen über politische Prozesse,

Entscheidungsgrundlagen und öffentlichen Ausgaben ermöglichen und detaillierte Einblicke in Gesetzesvorhaben, Abstimmungsergebnisse und Budgetverwendungen bieten. Parallel dazu ist es essenziell, die aktive Bürgerbeteiligung zu fördern, denn eine Demokratie lebt vom Mitwirken ihrer Bürger. Beteiligungsformate sollten so gestaltet sein, dass sie allen Bevölkerungsgruppen den Zugang ermöglichen und echte Mitgestaltung bieten. Bürgerforen und Dialogveranstaltungen beispielsweise schaffen eine Plattform für den Austausch zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Dies fördert eine Kultur der Offenheit und stärkt das Gefühl der Mitbestimmung in der Bevölkerung. Auch Online-Plattformen, auf denen Bürger Vorschläge einreichen und über Themen abstimmen können, könnten das politische Engagement erhöhen und die Kluft zwischen Bürgern und Politik verringern (Bertelsmann Stiftung, 2019).

- **Förderung von Medienkompetenz und Bekämpfung von Fake News**

In einer zunehmend digitalisierten Welt ist es ergänzend zu den genannten Aspekten wichtig, die Fähigkeit der Bevölkerung zur kritischen Bewertung von Informationen zu stärken. Für ältere Generationen, die nicht mit digitalen Medien aufgewachsen sind, sollten Bildungsangebote geschaffen werden, die ihnen helfen, durch die digitale Informationsflut zu navigieren und die Glaubwürdigkeit von Quellen besser einzuschätzen. Dies ist besonders wichtig, um selektiven Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen als Katalysatoren für Unzufriedenheit abzubauen. Gleichzeitig müssen soziale Medienplattformen stärker in die Verantwortung gezogen werden, um die Verbreitung von Desinformation einzudämmen. Plattformanbieter wie X, Instagram, YouTube und TikTok stehen in der Pflicht, wirksame Mechanismen gegen Desinformation auf dem neuesten Stand zu halten, kritische Inhalte konsequent von der eigenen Plattform zu entfernen oder zumindest auf die potenzielle Fehlerhaftigkeit der Aussagen hinzuweisen. Nur durch eine Kombination aus individueller Medienkompetenz und institutioneller Verantwortung lässt sich das Vertrauen in die digitale Informationslandschaft wiederherstellen (Nußbaum/Potthoff, 2024).

- **Unternehmerische Verantwortung stärken**

Neben der Stärkung demokratischer Institutionen und transparenter Kommunikation, Förderung von Medienkompetenz und Bekämpfung von Fake News gilt es, gleichzeitig auch die Verantwortung von Unternehmen zu fördern und Anreize für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu schaffen. Unternehmen, die sich aktiv für das Gemeinwohl einsetzen, werden nicht nur als wirtschaftliche Akteure wahrgenommen, sondern auch als vertrauenswürdige Partner in der Bewältigung gesellschaftlicher und globaler Herausforderungen, was die Reputation der Wirtschaftsakteure insgesamt fördert. Steuerliche Vorteile für Investitionen in nachhaltige Technologien oder soziale Projekte sowie die finanzielle Förderung besonders innovativer Initiativen zur Stärkung von Corporate Social Responsibility (CSR) könnten positive Effekte herbeiführen. Langfristig sollte CSR jedoch nicht als freiwillige Zusatzleistung betrachtet werden, sondern als integraler Bestandteil von Unternehmensstrategien und Unternehmenskulturen. Dies kann durch eine verstärkte Vermittlung von CSR-Prinzipien in Ausbildungsprogrammen, Studiengängen und Weiterbildungsangeboten für Führungskräfte unterstützt werden. Unternehmen sollten ermutigt werden, CSR in ihrer Geschäftsstrategie fest zu verankern, anstatt es als reines Marketinginstrument zu nutzen. Leitlinien und Benchmarks können dabei helfen, klare Ziele zu setzen und Fortschritte messbar zu machen.

Die Förderung der Mit-Verantwortung von Unternehmen ist entscheidend, um das Vertrauen in die Wirtschaft zu stärken (Hüther et al., 2015). Aktuelle Diskussionen, wie die um das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz, zeigen jedoch, dass übermäßige Bürokratie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen kann. Statt auf strikte Regulierungen und umfangreiche Berichtspflichten zu setzen, könnte ein

flexibleres System, das auf klaren Regeln basiert und nachhaltiges Wirtschaften fördert, ohne den Handlungsspielraum der Unternehmen einzuschränken, sinnvoll sein. Unternehmerische Freiheit gilt als wesentlicher Katalysator für innovative Ansätze zur Bewältigung ökologischer und sozialer Herausforderungen. Ein verlässlicher Ordnungsrahmen mit stichprobenartigen Kontrollen und konsequenter Bestrafung bei Verstößen kann ausreichend sein, um verantwortungsvolles Handeln sicherzustellen: Gabel und Potthoff (2024) zeigen, dass die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in wirtschaftlich freien Staaten besser erreicht werden als in stark regulierten und wirtschaftlich weniger erfolgreichen Ländern. Daher könnte die Förderung von CSR durch unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung, unterstützt durch einen klaren, aber nicht übermäßigen regulatorischen Rahmen, effektiver sein, um das Vertrauen in die Wirtschaft zu erhöhen. Dies würde Unternehmen ermöglichen, ihre Innovationskraft voll auszuschöpfen und gleichzeitig gesellschaftliche Erwartungen an nachhaltiges und verantwortungsvolles Handeln zu erfüllen.

- **Bekämpfung von Diskriminierung und Polarisierung**

Um das gesellschaftliche Vertrauen zu stärken, ist es entscheidend, soziale Kohäsion gezielt zu fördern. Dies kann durch Initiativen zur Verringerung sozialer Ungleichheiten geschehen, beispielsweise durch gerechtere Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die allen Menschen – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status – faire Chancen bieten. Ebenso wichtig ist die Bekämpfung von Diskriminierung, indem Maßnahmen zur Förderung von Inklusion und Diversität in allen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden. Wenn Menschen erleben, dass sie in einer offenen, respektvollen und gerechten Gesellschaft leben, steigt auch ihr Vertrauen in Mitmenschen. Zusätzlich sollte die Unterstützung lokaler Gemeinschaftsprojekte ausgebaut werden, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gemeinnützige Initiativen, ehrenamtliches Engagement und lokale Netzwerke schaffen Begegnungsmöglichkeiten, fördern gegenseitiges Verständnis und helfen dabei, gesellschaftliche Spannungen zu überwinden. Durch diese Maßnahmen kann ein Klima des Vertrauens und der Solidarität entstehen, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig stärkt.

Allerdings ist es schwerer, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen, als bestehendes Vertrauen zu erhalten und zu stärken. Gerade deshalb befindet sich Deutschland zurzeit nicht nur in einer ökonomischen und gesellschaftlichen Zeitenwende, sondern an der Schwelle zum Verlust von Sozialkapital, welches sich zukünftig kaum wiederherstellen lässt. Die Verteidigung dieses Vertrauens und der freiheitlichen Moral ist allemal kostengünstiger, als der Versuch, diese später wiederherzustellen.

Abstract

Trust forms the foundation of stable societies and is essential for the smooth functioning of democracies, economic systems and social structures. However, in times of multiple crises – from economic uncertainty and political polarization to the effects of digitalization – trust in Germany has come under pressure. Only 14 percent of Germans believe that the next generation will be better off than the current one (Edelman, 2025). Traditional parties are losing support, while populist movements are gaining ground. This trend is reinforced by the growing importance of social media. On the one hand, social media promotes transparency, while on the other, it undermines trust in established institutions through filter bubbles – in which algorithms mainly show users content that confirms their existing views – and the spread of disinformation. Dwindling trust not only creates short-term political instability but also deepens social divisions in the long term and can jeopardize social cohesion. This study analyses the extent of trust in different countries using a comprehensive index that measures trust in political, economic and social systems and compares them at European level.

The IW Trust Index shows that Germany is stable in the midfield in terms of the overall index from all three dimensions (political system, economic system and social system) in relative comparison to other European countries (8th place both in 2015 and in 2022) – although Germany is experiencing a drop in overall trust according to index point values. In terms of trust in the social system, Germany has fallen slightly from 9th place in 2015 to 11th place in 2022. While trust in the political system has deteriorated marginally compared to other European countries (from 6th place in 2015 to 7th place in 2022), trust in the economic system has neither improved nor deteriorated over the years (7th place in 2015 and 2022). However, Germany is threatened by a further deterioration in the level of trust in the following years up to 2024 – a development that can also be observed in other European countries. However, as the comparison is always made relative to other countries, the decline in confidence across Europe is not visible in this index. Countries such as Denmark, the Netherlands and Finland perform significantly better in comparison, as they are characterized by political stability, transparent institutions and a pronounced social cohesion.

Various measures are needed to strengthen trust in Germany, including enhancing democratic institutions through political education and transparent decision-making processes, promoting media literacy to consciously deal with fake news and creating incentives for companies to anchor corporate social responsibility (CSR) more honestly and credibly. It is also crucial to promote social dialogue in order to counteract polarization and social fragmentation. Trust is not just a moral or social issue, but also a strategic resource for the future viability of a country. Targeted political and economic action is therefore necessary not only to halt the current loss of trust, but to reverse it in the long term.

Anhang

Indexbildung und mögliche Kritikpunkte

Folgende Anmerkungen sind bezüglich der Datenqualität zu beachten: Für die Unterindikatoren 1.1 sowie 1.2 gibt es keine Daten für die Schweiz in den Jahren 2015 bis 2020 sowie 2023 und 2024. Die Werte für 2024 der Unterindikatoren 1.3 bis 1.6 sind auf Basis der Veränderungsrate zwischen 2022 und 2023 berechnet worden. Für Unterindikator 2.1 sind keine Daten für Großbritannien sowie für die Schweiz vorhanden. Zudem wurde der Wert für Irland im Jahr 2024 auf Basis der Veränderungsrate aller anderen Länder berechnet. Für 2024 sind bei Unterindikator 2.2 lediglich Werte für Januar 2024 vorhanden, die als Resultat für das ganze Jahr genommen werden. Für Irland wurden die Daten aus Januar 2023 für das gesamte Jahr genommen und der Wert für 2024 auf Basis der Veränderungsrate von 2022 zu 2023 berechnet. Für Unterindikator 2.3 liegen keine Werte für die Schweiz vor. Die Werte von Großbritannien für die Jahre 2021 – 2024 sowie der Wert für Irland im Jahr 2024 sind auf Basis der Veränderungsraten aller anderen Länder in den jeweiligen Jahren berechnet worden. Die Werte zu 2015 und 2016 sind bei Unter-indikator 2.5 mittels der Veränderungsrate der Vorjahre berechnet worden. Zudem sind für das Jahr 2017 lediglich Daten bis Mai vorhanden, die für das gesamte Jahr 2017 verwendet wurden. Die Unterindikatoren 3.1 bis 3.3 weisen folgende Besonderheiten auf: Grundsätzlich sind nur zweijährig Daten vorhanden, wodurch die ungeraden Jahre als Mittelwert der beiden Datenpunkte aus den geraden Jahren berechnet wurden. Darüber hinaus sind nur Daten bis 2022 verfügbar. Griechenland weist keine Daten für 2015-2019 auf, die Slowakei keine Daten für 2015-2017. Italiens Daten für 2015 wurden über die Veränderungsrate der Jahre 2016 und 2017, Tschechiens Daten für 2021 und 2022 aus der Veränderungsrate der Jahre 2019 und 2020 berechnet. Dänemark weist lediglich Daten für 2014 und 2018 auf. Die fehlenden Daten wurden durch den Mittelwert der Veränderungsrate von Schweden und Finnland für die jeweiligen Jahre berechnet. Die Daten für 2023 und 2024 des Unterindikators 3 wurden auf Basis der Veränderungsrate von 2021 auf 2022 berechnet.

Neben der Einordnung der Datenqualität müssen folgende Anmerkungen bzgl. der Dateninterpretierung gemacht werden. Bis auf die Variable „Konsumentenvertrauen“ (2.2) sind alle Variablen für einen direkten Vergleich zwischen Länder interpretierbar. Die Daten der Variablen lassen sich quantitativ vergleichen, so kann bei einem doppelt so hohen Wert für Variable 2.4 „Arbeitslosenquote“ in Land A im Vergleich zu Land B ein Niveauunterschied abgeleitet werden („Die Arbeitslosigkeit in Land A ist doppelt so hoch wie in Land B“). Währenddessen wird beim Konsumentenvertrauen (2.2) die Abweichung vom langfristigen Trend des jeweiligen Landes gemessen. Da der langfristige Trend nicht bei allen Ländern auf dem gleichen Niveau ist, lässt sich diese Variable nur als kurzfristige Stimmung interpretieren und ist nicht für Vergleiche zwischen Länder geeignet (Falsche Interpretation: „Das Konsumentenvertrauen in Land A ist 10% höher als in Land B, da der Datenwert 10% höher ist“). Neben der Anmerkung zum Konsumentenvertrauen ist eine Einordnung der Inflationswahrnehmung sinnvoll. Diese wird auf einer Skala von -100 (alle erwarten sinkende Konsumentenpreise) bis +100 (alle erwarten stärker steigende Konsumentenpreise) gemessen. Die Variable ist ein zusammengefasster Wert aus Umfragen, die nach der Entwicklung der Konsumentenpreise für die nächsten 12 Monate im Vergleich zu den vergangenen 12 Monaten fragt. Ein Wert von 0 sagt aus, dass im Durchschnitt die Menschen in einem Land davon ausgehen, dass die Konsumentenpreise so stark steigen wie in den letzten 12 Monaten. Wäre dies der Fall, würde eine stabile Inflationsrate eintreten. Auch wenn in einem Land mit Hyperinflation eine stabile Inflationsrate nicht optimal ist, so ist es doch die beste Interpretation der Daten, den Wert 0 als optimalen Wert anzusehen. Begründbar ist dies, da sich die Menschen bei gleichbleibender Inflationsrate auf die Preissteigerungen einstellen können und die Szenarien mit Hyperinflation, die einen

negativen Wert bevorzugten, durch die Szenarien mit Deflation, die einen positiven Wert bevorzugten, ausgeglichen werden. Der Indexwert 100 für Land A bedeutet daher, dass der Datenpunkt von Land A am nächsten an 0 liegt, sei es ein positiver oder negativer Wert.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Indikatoren der Vertrauensdimensionen 12

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des Economic Policy Uncertainty Index (Sechs-Monatsdurchschnitte) 10

Abbildung 2: Gesamtindex Vertrauen (2022)..... 14

Abbildung 3: Internationaler Vertrauensindex im Zeitverlauf (für ausgewählte Länder)..... 16

Abbildung 4: Vertrauen in das politische System (2022) 17

Abbildung 5: Vertrauen in das politische System im Zeitverlauf für ausgewählte Länder 18

Abbildung 6: Vertrauen in das Wirtschaftssystem (2022)..... 19

Abbildung 7: Vertrauen in das Wirtschaftssystem im Zeitverlauf für ausgewählte Länder..... 20

Abbildung 8: Vertrauen in das Gesellschaftssystem (2022) 21

Abbildung 9: Vertrauen in das Gesellschaftssystem im Zeitverlauf für ausgewählte Länder 22

Literaturverzeichnis

Allcott, Hunt / Gentzkow, Mathew, 2017, Social Media and Fake News in the 2016 Election, in: Journal of economic perspectives, 31. Jg., Nr. 2, S. 211-36.

Bail, Christopher A. / Argyle, Lisa P. / Brown, Taylor W. / Bumpus, John P. / Chen, Haohan / Hunzaker, M. B. / ... & Volfovsky, Alexander, 2018, Exposure to opposing views on social media can increase political polarization, in: Proceedings of the National Academy of Sciences, 115. Jg., Nr. 37, S. 9216-9221

Bertelsmann Stiftung, 2019, Transparenz bei Bürgerbeteiligung. Handreichung für Projektverantwortliche, [Transparenz bei Buergerbeteiligung.pdf \(bertelsmann-stiftung.de\)](#) [20.02.2025]

Bundeszentrale für politische Bildung, 2024, Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen – Ergebnisse, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/551829/landtagswahlen-in-thueringen-und-sachsen-ergebnisse/> [18.12.2024]

Demary, Vera / Matthes, Jürgen / Plünnecke, Axel / Schaefer, Thilo (Hrsg.), 2021, Gleichzeitig: Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern. Herausforderungen und Lösungen, IW-Studie, Köln

Die Bundesregierung, 2024, Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/75-jahre-grundgesetz/meinungs-und-pressefreiheit-2274858?utm_source=chatgpt.com [17.01.2025]

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 2, S. 23-42

Diermeier, Matthias / Mertens, Armin / Niehues, Judith, 2023, Außerhalb der Echokammer. Eine Analyse des Bundestagswahlkampfes 2021 auf Twitter, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 36. Jg., Heft 1, 2023

Enste, Dominik, 2021, Wirtschaft und Corona: Die Bedeutung von Vertrauen in Krisenzeiten, in: Zeitung für Politikwissenschaften, o. Jg., Nr. 31, S. 479–486

Edelman, 2023, Edelman Trust Barometer Global Report, [2023 Edelman Trust Barometer | Edelman](#) [14.02.2025]

Enste, Dominik H., 2023, „Wie steht es um das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft?“ Interview, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Enste, Dominik H. / Kary, Johanna, 2021, Verschwörungsmythen besser verstehen – Hintergründe und Gegenmaßnahmen, IW-Policy Paper, Nr. 11, Köln

Enste, Dominik H. / Suling, Lena, 2020, Vertrauen in Wirtschaft, Staat, Gesellschaft 2020. Vertrauensindex: Europäische Länder im Vergleich, IW-Policy Paper, Nr. 5, Köln

Enste, Dominik H., 2020, Die Bedeutung von Vertrauen in Krisenzeiten, IW-Report, Nr. 45, Köln

- Enste, Dominik H., 2016, Facetten und Fakten der Flüchtlingsdebatte, IW-Report, Nr. 12, Köln
- Europäische Kommission, 2025a, Business and consumer surveys, [Business and consumer surveys - European Commission](#) [27.01.2025]
- Europäische Kommission, 2025b, Eurobarometer 83-102, [Surveys - Eurobarometer](#) [27.01.2025]
- Europäische Kommission, 2025c, Sentiment Indicators, [Product - Datasets - Eurostat](#) [27.01.2025]
- European Social Survey, 2025, ESS Rounds 7-11, [ESS Data Portal](#) [27.01.2025]
- Grömling, Michael, 2024a, Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, IW-Report, Nr. 11, Köln
- Grömling, Michael, 2024b, Intensitäten von Konjunkturkrisen im Vergleich, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 4, S. 3-28
- Grömling, Michael, 2022, Ökonomische und soziale Folgen von Inflation, IW-Report, Nr. 43, Köln
- Guess, Andrew / Nyhan, Brendan / Reifler, Jason, 2018, Exposure to untrustworthy websites in the 2016 US election, in: Nature human behaviour, 2. Jg., Nr. 11, S. 814-819
- Herold, Maik / Joachim, Janine / Otteni, Cyrill / Vorländer, Hans, 2023, Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern, https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD_MIDEM_Polarisationsstudie_DEU_RZ.pdf [06.01.2025]
- Holt, Douglas B., 2021, How Brands Become Icons: The Principles of Cultural Branding. Harvard Business Review Press
- Hradil, Stefan / Enste, Dominik H. / Eyerund, Theresa / Potthoff, Jennifer, 2022, Roman Herzog Institut (Hrsg.), Gespaltene Gesellschaft? Hintergründe, Mythen und Fakten, München
- Hüther, Michael / Bergmann, Knut / Enste, Dominik H., 2015, Unternehmen im öffentlichen Raum. Zwischen Markt und Mitverantwortung, Springer VS, Wiesbaden
- Macrobond, 2024, Economic Policy Uncertainty Index, [Macrobond Financial | Extensive macroeconomic data, financial time series.](#) [14.02.2025]
- Marwick, Alice E. / Lewis, Rebecca, 2017, Media manipulation and disinformation online, in: New York: Data & Society Research Institute
- Matthes, Jürgen, 2025, Geopolitik und Zeitenwende: Was passiert mit unserem Exportmodell? https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Institut_der_deutschen_Wirtschaft/Veranstaltungen/2025/IW-Agenda_2030_Geopolitik_und_Zeitenwende_2025-02-05.pdf [05.02.2025]

Niehues, Judith / Schüler, Ruth M. / Tissen, Jana, 2021, Ein Katalysator für Unzufriedenheit? Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 2, S. 23-44

Obst, Thomas / Sultan, Samina / Matthes, Jürgen, 2024, Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0? Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-US-Wahl.pdf [05.02.2025]

OECD, 2025, Consumer Confidence Indicators, [OECD Data Explorer • Composite leading indicators](#), [27.01.2025]

Potthoff, Jennifer / Nußbaum, Chiara, 2024, Influencer – Macht, Marketing und Manipulation, IW-Report Nr. 43, Köln

Ständige Wissenschaftliche Kommission – SWK, 2024, Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz, https://swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf [17.01.2025]

Sunstein, Cass R., 2009, Going to extremes: How like minds unite and divide, in: Oxford University Press.

Tandoc, Edson C. / Lim, Zheng W., / Ling, Richard, 2018, Defining “fake news” a typology of scholarly definitions, in: Digital journalism, 6. Jg., Nr. 2, S. 137-153

Weltbank, 2025a, World Governance Indicators, [Worldwide Governance Indicators | DataBank](#) [27.01.2025]

Weltbank, 2025b, Unemployment Rate, [Unemployment, total \(% of total labor force\) \(national estimate\) | Data](#) [27.01.2025]

Zucman, Gabriel, 2015, The Hidden Wealth of Nations: The Scourge of Tax Havens, in: University of Chicago Press

Kürten, Louisa / Suling, Lena, 2021, Digital Leadership – Mitarbeiterorientierte Führung in der digitalen Arbeitswelt, in: Siegers, Josef / Hagedorn, Jobst (Hrsg.), Handbuch der Aus- und Weiterbildung, o. Jg., 333. Erg.-Lfg., S. 1-19

Werner, Dirk, 2021, Etwa 30 Prozent der Ausbildungsunternehmen sind schon 4.0 - Was bedeutet die Digitalisierung für die berufliche Ausbildung, in: WorldSkills Germany Magazin, o. Jg., Nr. 19, April 2021, S. 27-29